:antifaschistische nachrichten Nr. 14

g 3336 17.7.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Geburtstagsgruß für Volksverhetzer

MÜNCHEN. Im Grazer „Ares-Verlag" erschien unlängst ein von Heiko Luge herausgegebenes Buch mit dem Titel „Grenzgänge. Liber amicorum für den nationalen Dissidenten Hans-Dietrich Sander". Fast 50 Personen, darunter Autoren der „Jungen Freiheit" wie Bernd Rabehl und Martin Lichtsmesz, Götz Kubitschek vom „Institut für Staatspolitik", der ehemalige „Republikaner"-Funktionär Björn Clemens und der frühere Bundesvorsitzende des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes", Thor von Waldstein, haben sich mit Beiträgen an diesem Buch beteiligt, das aus Anlass des 80. Geburtstages von Sander erschienen ist.

Sander, der in der frühen DDR als Dramaturg im Umfeld von Bertolt Brecht gearbeitet hatte, war Ende der 50er Jahre nach Westberlin geflohen, wo er als Journalist für die konservative Tageszeitung „Die Welt" tätig wurde. Dort begegnete Sander Hans Zehrer, der in den letzten Jahren der Weimarer Republik Chefredakteur der Zeitschrift „Tat" gewesen war, die einen „Deutschen Sozialismus" propagierte und versuchte, noch demagogischer aufzutreten als die NSDAP.

In den 80er Jahren wird Sander Chefredakteur der neofaschistischen „Deutschen Monatshefte". 1990 gründete er die neofaschistische Zeitschrift „Staatsbriefe", die 10 Jahre erschien. 1998 wurde Sander in einem Berufungsverfahren in München (siehe AN 9/1998) wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Haftstrafe von acht Monaten auf Bewährung und zu einer Geldstrafe verurteilt. In dem Prozess ging es u.a. um den Abdruck eines Artikels des Geschichtsrevisionisten Germar Rudolf, der später zu einer 30monatigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. *hma* ■

Aus dem Inhalt:
Einwanderungspakt der EU verabschiedet 6
Offizielle Weihe für katastrophales Privatmuseum 8

Bonn. Ca. 3.000 Menschen beteiligten sich am Samstag, 12. Juli an den Aktionen gegen den Aufmarsch „Freier Kameradschaften" vor der „Bundesprüfstelle zur Indizierung jugendgefährdender Medien" **Foto: pb**

„Bürger in Wut" kommen doch noch in die Bremische Bürgerschaft

von Thomas Klaus

BREMEN. In der Bremischen Bürgerschaft, dem Parlament des kleinsten Bundeslandes, nimmt ein weiterer Rechtsaußen Platz: Jan Timke, Bundesvorsitzender der Wählervereinigung „Bürger in Wut" (BiW), wird neben Siegfried Tittmann (bis Herbst 2007 Abgeordneter der „Deutschen Volks-Union", DVU, und seitdem Chef der Wählervereinigung „Protest der Bürger") dieses Spektrum abdecken. Allerdings ist noch unklar, wie lange Jan Timke das Mandat wahrnehmen darf. Denn gegen ihn steht im September ein Strafprozess an.

Der Polizeibeamte muss sich vor dem Amtsgericht Bremerhaven verantworten, weil er „Wahlfälschung" begangen haben soll. Angeblich hat er sich in Bremerhaven in das Wählerverzeichnis eintragen und in die Liste der Wahlvorschläge aufnehmen lassen, obwohl er mit seinem ersten Wohnsitz in Berlin ansässig war. Das Strafgesetzbuch sieht für den Fall einer Verurteilung eine Höchststrafe von bis zu fünf Jahren vor.

Noch wird Timke jedoch den Triumph genießen, den er bei der Bürgerschafts-Nachwahl im Bremerhavener Wahlbezirk Eckernfeld erreichen konnte. Dort erzielten die BiW mit 27 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen fast so viele wie die favorisierte SPD, die es auf 29 Prozent brachte. Durch das sehr gute Abschneiden in Eckernfeld kamen für die „Bürger in Wut" in Bremerhaven 5,29 Prozent der Stimmen zustande – und das ermöglichte den Einzug in die Bürgerschaft.

Den hatten die BiW bei der eigentlichen Bürgerschaftswahl im Mai 2007 um nur eine Stimme knapp verpasst. Wegen schwerer Verstöße gegen die Wahlordnung rief die Timke-Truppe den Staatsgerichtshof an und setzte sich durch: In Eckernfeld musste nachgewählt werden.

Neueste Kampagne wird von der NPD begrüßt

Die Einschätzung, dass die „Bürger in Wut" im Rechtsaußen-Spektrum zuhause sind, wird durch die Lektüre programmatischer Veröffentlichungen dieser Wählervereinigung unterstrichen. Darin fordern die BiW unter anderem massive Begrenzungen beim Ausländeranteil, der in allen Gemeinden und Städten auf einen Richtwert von 15 Prozent verringert werden solle. Zwar distanziert sich die Wählervereinigung „Bürger in Wut" in ihrem Programm von den Verbrechen der Nazizeit.

Fortsetzung Seite 3

Altnazi verstorben

FRANKFURT/MAIN. Mit einer Todesanzeige in der „National-Zeitung“ gedachte der DVU-Landesverband Hessen des „tapferen Soldaten“ und „treuen Kameraden“ Otto Riehs.

Der 1921 im Sudetenland geborene Ritterkreuzträger war bereits Ende Mai in Frankfurt/Main verstorben. Das ehemalige Mitglied der „Sozialistischen Reichspartei“ und der „Deutschen Reichspartei“ hatte in den 80er Jahren für die neonazistische FAP zu Wahlen kandidiert.

In den letzten Jahren hatte der Altnazi an diversen Naziaufmärschen, so u.a. in Halbe, teilgenommen, wo er auch als Redner auftrat. Die Kriegsroman-Reihe „Der Landser“ ehrte Riehs 1987 mit einer Neuauflage des Heftes „Otto Riehs. Zehn Panzerabschüsse in zwölf Minuten“. 2006 trat Riehs noch einmal zu einer Wahl an. Auf der Liste der NPD kandidierte er fürs Frankfurter Stadtparlament. *hma* ■

„Rassismus in der Schweiz“

In Zürich ist die Ausgabe 2007 der Reihe „Rassismus in der Schweiz. Chronologie und Einschätzungen der rassistischen Vorfälle in der Schweiz“ erschienen. Herausgegeben von der „Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz“ (www.gms-minderheiten.ch) und der „Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus“ (www.gra.ch) gibt die Reihe einen guten Überblick über die Entwicklung der extremen Rechten in der Schweiz. Dabei wird auch der Rassismus, der in der Mitte der Schweizer Gesellschaft verankert ist, nicht ausgeblendet. Die Schwarze-Schafe-Kampagne der SVP im vergangenen Wahlkampf wird ebenso thematisiert wie der Geschichtsrevisionismus und die wachsende Rechtsrock-Szene im Land. Angesichts der Tatsache, das jüngst eine Initiative aus dem SVP-Umfeld 115 000 Unterschriften für eine Volksbefragung gegen den Bau von Minaretten in der Schweiz überreicht hat, ist der jährlich erscheinenden Schriftenreihe eine wachsende Verbreitung zu wünschen. *hma* ■

Wer glaubt noch an den Klapperworch?

OLDENBURG. Gerade einmal penibel gezählte 57 Neonazis konnte Anmelder Christian Worch für eine Demonstration mit Kundgebung am 5. Juli in Oldenburg mobilisieren. Das verloren wirkende Häuflein trottete denn auch resonanzlos durch die Oldenburger Nordstadt.

Die vom Forum gegen Rechts unter Federführung des Oldenburger DGB organisierte Gegendemo brachte dagegen ca. 2400 Antifaschistinnen und Antifaschisten auf die Straße. Die Polizeiführung zeigte wie üblich noch am selben Tag, dass sie auch die Grundrechenart Division beherrscht, teilte die Teilnehmerzahl durch zwei und sprach von 1200 Teilnehmern.

Oldenburg. Bis in den späten Nachmittag hinein mussten die BürgerInnen willkürliche Polizeikontrollen, spontane Festnahmen und Hetzjagden auf AntifaschistInnen miterleben. Selbst als alle Nazis die Stadt verlassen hatten, wurden noch Menschen festgenommen, weil sie schwarz gekleidet waren. Hitlergrüße aus der Nazidemo heraus wurden von der Polizei nicht geahndet.

Über 1200 Beamtinnen und Beamte der unter anderem aus Sachsen herbeigezogenen Polizei setzten das erst am Morgen des 5. Juli erlassene Urteil des OVG Lüneburg durch, den Gegendemonstranten den zentralen Platz der Stadt als Kundgebungsort zu verbieten.

Vorher hatte der Rat der Stadt Oldenburg mit den Stimmen aller Ratsfraktionen einen Beschluss erneuert, der sich gegen das Auftreten neonazistischer Kräfte in Oldenburg ausspricht.

Gegen Ende der Gegendemonstration machten einige Neonazis noch Bekanntschaft mit überlagerten Formen von Biomasse, die von cleveren Landwirten im hiesigen Raum zur Stromproduktion genutzt werden. *d.h.* ■

NPD-Fraktionsmitarbeiter Jörg Hähnel mit Totschläger erwischt

SCHWERIN. Seit einigen Wochen verfügt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern über ein neues Sicherheitskonzept. Hintergrund hierfür ist eine veränderte Einschätzung über die Gefährdungslage. Da es bereits bei der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen zu Waffenfunden kam und außerdem auch Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion MV durch unerlaubten Waffenbesitz aufgefallen sind, wurden die entsprechenden Maßnahmen von der Landtagsverwaltung eingeleitet. Vor kurzem ging dabei bereits der erste rechte Fisch ins Netz. Während Abgeordnete, Mitarbeiter und Besuchergruppen in der Vergangenheit recht problemlos den Landtag betreten durften, müssen Letztere nunmehr eine Besucherschleuse durchqueren. Hierbei werden die Personalien registriert und vor allem Taschenkontrollen durchgeführt. So soll verhindert werden, dass Gefahrengegenstände wie Waffen in den Landtag gelangen.

Bei den ersten Durchsuchungen sind nun bei Schulklassen nicht nur Dolche und Messer sichergestellt worden, sondern beim NPD-Fraktionsmitarbeiter Jörg Hähnel auch ein Totschläger. Hähnel, geboren im Jahr 1976 in Frankfurt an der Oder, ist in der rechten Szene als Liedermacher bekannt geworden. Inzwischen sitzt er auch als Mitglied im NPD-Bundesvorstand und wurde außerdem am 17. September 2006 in Berlin-Lichtenberg in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gewählt.

Donnerstag, 3 Mai 2007
www.endstation-rechts.de ■

Neue Rechte tagte im „Haus der Heimat“

FRANKFURT. Das „Institut für Staatspolitik“ konnte sein Seminar zum Thema „Widerstand: Lage – Ziel – Tat“ am 28. Juni im „Haus der Heimat“ abhalten. Zwei andere vom Institut gemietete Räume waren zuvor wieder abgesagt worden. Das Haus der Heimat gehört zur Infrastruktur des „Bundes der Vertriebenen“ und wird von der städtischen Saalbau verwaltet. Im Haus der Heimat sollte im Jahr 2000 eine Veranstaltung mit dem Holocaustleugner Mahler und anderen Rechtsextremisten stattfinden: Die Veranstaltung war damals nach einem Brandanschlag abgesagt worden.

Nur wenige AntifaschistInnen waren am 28.6. vor Ort. Gründe dafür dürften in der kurzfristigen Mobilisierung liegen. Außerdem ist die Gefahr, die von dieser

Fortsetzung von Seite 1

Schnittstelle zwischen Konservativen und Nazis ausgeht, noch zu wenig thematisiert worden.

Unter dem Titel „Lage – Zur Legitimität des Widerstands“ sprach der Spengler-Apologet und Autor der „Jungen Freiheit“ Frank Lisson. Der Geschichtsrevisionist und Stratege der „konservativen Kulturrevolution“ Karlheinz Weißmann war für das Thema „Ziel – Unsere Politik“ angekündigt. Felix Menzel wollte unter „Ziel II“ zeigen, wie rechte Ikonen geschaffen werden können. Der Mitbegründer des Instituts für Staatspolitik und Gegner der Wehrmachtsausstellung Götz Kubitschek sprach zum Ende der Tagung über „Tat – Konservative Aktion“.

Das Institut für Staatspolitik ist eine antidemokratische Organisation der neuen Rechten. Das Institut versucht eine extrem rechte Ideologie im öffentlichen Diskurs zu etablieren. Durch die starke Ausweitung des Begriffs „konservativ“ will es aus der rechten Schmuddelecke heraus, ohne seine rechtsextremen Positionen aufzugeben. Für den Mitbegründer Karl-Heinz Weißmann soll das IfS eine Art „Reemtsma-Institut von rechts“ sein. *www.antifa-frankfurt.org* ■

Tag der Demokratie Samstag, 16. August 2008

WUNSIEDEL. Wie in jedem Jahr planen Neonazis einen Aufmarsch im Gedenken an Rudolf Hess. Am 26.6. bestätigte zwar das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Richtigkeit des Verbots dieses Aufmarsches zu Ehren des Hitler-Stellvertreters in 2005 („klar erkennbare, einschränkungslose Billigung des nationalsozialistischen Regimes“ – so die Begründung). Da aber Anmelder Jürgen Rieger angekündigt hat, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, ist nicht klar, ob der braune Spuk in Wunsiedel damit endgültig beendet ist. Auf jeden Fall ist für den 16. August wieder eine Nazi-Demo angemeldet. Und deshalb wird in Wunsiedel auch wieder mobilisiert:

„Viermal ist es Wunsiedel bereits gelungen, im August ein deutliches Zeichen für Demokratie zu setzen, das schillernder, kräftiger und erfolgreicher war, als alle Versuche der Rechtsextremen, ihre menschenfeindliche Botschaft zu demonstrieren.

Damit dies wieder gelingt, laden wir ein zu einem bunten Tag mit Ausstellung, Gottesdienst, Friedensdemonstration, Kundgebung auf dem Platz der Demokratie, Kultur- und Musikprogramm, Begegnung und Bildung, Information und Inspiration sowie kulinarischen Genüssen“ heißt es im Aufruf der Wunsiedeler Initiative „Wunsiedel ist bunt – nicht braun!“ *Mehr Infos unter: www.tag-der-demokratie.de* ■

Aber fast im gleichen Atemzug wendet sie sich „mit Entschiedenheit“ gegen die „Instrumentalisierung der Vergangenheit zum Zwecke der Durchsetzung politischer Konzepte und Zielsetzungen“. Und sie wettert gegen „Denkverbote“ und das Tabuisieren von Themen im Namen der „Political Correctness“ – in rechten Kreisen oft eine Anspielung auf die juristischen Maßnahmen gegen Holocaust-Leugner. In diesem Zusammenhang sind die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der „Bürger in Wut“ ebenfalls bemerkenswert. Vertreten wird „das Konzept der Fairen Marktwirtschaft“: Unternehmer und Gegner sehen sich hier nicht als Gegner, sondern als „gleichwertige Partner, die im gemeinsamen Interesse konstruktiv zusammenwirken müssen“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

Die Ziele der BiW sollen auch mit Hilfe von längerfristig angelegten bundesweiten Kampagnen verfolgt werden. Eine der Kampagnen richtet sich gegen den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Die jüngste Kampagne wurde im Januar 2008 gestartet. Sie will auf dem Petitions-Wege erreichen, dass der Volksverhetzungs-Paragraph erweitert wird. Demnach sollen Ausländer belangt werden können, die Deutsche zum Beispiel als „deutsche Schlampe“ oder „Schweinefresser“ beschimpfen. Angeblich wird eine entsprechende Bundestags-Petition bereits von mehr als 10.000 Personen unterstützt. Darunter dürften auch manche ausgewiesene Rechtsextremisten sein. Denn die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) begrüßt die Kampagne und ruft „alle Volksgenossen“ zum Mitmachen auf.

Sollte Jan Timke aufgrund eines Wahlfälschungs-Urteils sein Bürgerschafts-Mandat nicht ausüben, würde voraussichtlich Annefriede Laue aus Bremerhaven nachrücken. Ebenfalls aufgrund des Wahlfälschungs-Tatbestandes wurde gegen sie ein Strafbefehl über 2.700 Euro erlassen, gegen den sie allerdings Einspruch eingelegt hat. Für kurze Zeit war Frau Laue eine von drei BiW-Abgeordneten in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung, dem Stadtparlament. Im Zuge der gegen sie geführten Ermittlungen trat sie jedoch zurück. ■

Protestaufruf gegen Naziaufmärsche in Gera und Greiz

GERA/GREIZ, 10. JULI. Zu einem antifaschistischen Block mobilisieren linke Gruppen am 19. Juli nach Gera. Unter dem Titel „Naziaufmärsche stören – Holen wir uns endlich die Straße zurück“ wollen sie gegen einen zeitgleich stattfindenden Aufmarsch der NPD protestieren. Zudem wird sich mit dem Slogan „Einmal Nazis? Ständig Nazis!“ gegen die alltägliche Dominanz von Neonazis in der Stadt gewandt. Dazu heißt es im Aufruf zur Aktion: „Während die Öffentlichkeit nur gelegentlich Neonaziangriffe und NPD-Wahlerfolge zur Kenntnis nimmt, ist die Realität oft deutlich prekärer. Gewalt gegen MigrantInnen, JüdInnen und politische GegnerInnen stehen vielerorts ebenso auf der Tagesordnung wie Neonaziaufmärsche. […] Seit den letzten Angriffen und NPD-Veranstaltungen sind nur wenige Monate vergangen und schon wieder mobilisieren die Neonazis […]“. Die Antifaschistische Aktion Gera übt in diesem Zusammenhang ebenso Kritik an einer Grundstimmung, „die irgendwo zwischen gesellschaftlicher Ignoranz, latentem Beipflichten und offener Akzeptanz für Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus zu verorten ist. Gepaart mit Standortpolitik seitens der Stadt, hält sich ein untragbarer Zustand des Stillschweigens und Bagatellisierens.“

Seit 2003 veranstaltet die NPD jährlich einen bundesweiten Aufmarsch in Gera. Mit Rechtsrockbands und Propagandareden nimmt die Dimension stetig zu. 2005 galt der Aufmarsch als Ersatz für das damals ausgefallene Pressefest der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ und zuletzt waren bis zu 800 Teilnehmer anwesend.

Alle Menschen sind aufgerufen, sich mit Freundinnen, Freunden und vielen Anderen an den Protesten zu beteiligen. Beginn ist am 19. Juli ab 13.00 auf dem Museumsplatz in Gera, wo sich der antifaschistische Block der Demonstration gegen den Naziaufmarsch anschließen wird. Am 2. August wird es in Greiz ebenfalls Proteste gegen eine dort geplante NPD-Veranstaltung geben.

Aufruf und Flugblätter zur Aktion stehen im Internet unter http://aag.antifa.net zum Download bereit.

Antifaschistische Aktion Gera [AAG]
aag@riseup.net
http://aag.antifa.net ■

Zensur gegen VVN-BdA-Sprecher

Das Landgericht Nürnberg-Fürth hat gegen den Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Ulrich Sander, eine einstweilige Verfügung erlassen. Dem Dortmunder Journalisten wird untersagt, öffentlich, insbesondere im Internet, den Kameradenkreis der Gebirgstruppe in Zusammenhang mit Kriegsverbrechen zu bringen. Bei Nichtbeachtung droht Sander ein Bußgeld von 250000 Euro oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten. Die hohe Haftandrohung treibt den Streitwert und damit die Prozesskosten hoch. Um die Vorwürfe zurückweisen, bittet die VVN um Spenden auf das Konto der VVN-BdA NRW: Kto. 282 12 – 435, Postbank Essen, BLZ 360 100 43

Mehr Infos: www.vvn-bda.nrw.de

Newsletter – Newsletter *DIE LINKE.* –

Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus

Wegen **Volksverhetzung** wurden zwei langjährige Mitarbeiter des Grabert-Verlages Rolf Kosiek, zeitweiliger Vorsitzender der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik, und Claude Michel, Übersetzer vieler Bücher der französischen Neuen Rechten, vom Amtsgericht Tübingen zu Geldstrafen von 7200 bzw. 1000 Euro verurteilt. Sie wurden als schuldig für den Abdruck eines den Holocaust leugnenden Artikels des österreichischen Rechtsextremisten Herbert Schaller in der Zeitschrift des Verlages „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) befunden. Ebenfalls wegen **Holocaustleugnung** bei Reden in Veranstaltungen schickte das Landgericht Gießen den früheren NPD-Landeschef in Hessen, Marcel Wöll, für vier Monate ins Gefängnis.

Der stellv. Landesvorsitzende der NPD von Schleswig-Holstein, **Jens Lütke**, wurde vom Landgericht Kiel wegen des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole und wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 1500 Euro verurteilt. Lütke war bereits einmal wegen Landfriedensbruch verurteilt worden.

Ein **Gericht in Brüssel verurteilte die einschlägig vorbestraften Revisionisten Siegfried Verbeke und Vincent Reynouard** wegen öffentlich betriebener Holocaustleugnung zu einem Jahr Gefängnis. Verbeke hatte bereits früher tonnenweise antisemitische und den Holocaust leugnende Schriften auch in die BRD eingeschleust.

Rassistenkongress: Sieger sehen anders aus

KÖLN. Das hatte sich die pro Köln-Führung wohl anders gedacht: 10 Wochen vor dem „Anti-Islamisierungskongress“ genannten Treffen europäischer Rassisten am 19. und 20. September wird der politische Widerstand dagegen auf allen Ebenen immer stärker und stört die Vorbereitungen offenbar erheblich. Rouhs, Beisicht & Co. reagieren deshalb zunehmend getroffen.

Angesichts des überwältigenden Erfolgs des Aufrufes „Wir stellen uns quer: Europäische Rassisten haben in Köln keinen Platz!“, der in wenigen Wochen von hunderten Menschen unterzeichnet wurde, reagierten sie mit einem Trick: Sie verlangten von DGB-Chef Wolfgang Uellenberg-van-Dawen als presserechtlich Verantwortlichem des Aufrufs, in Zukunft nicht mehr zu behaupten, der britische Holocaust-Leugner und Chef der faschistischen British National Party (BNP) Nick Griffin nehme als Redner am geplanten Kongress teil. Pikant an der Angelegenheit ist, dass pro Köln den braunen Briten auf ihrer Internetseite selber als Redner angekündigt hatte. Angesichts des kritischen Medienechos und der im Raum stehenden Möglichkeit, der geplante Kongress könne von der Kölner Polizei verboten werden, verschwand Griffins Name nicht nur sang- und klanglos in der Versenkung, Beisicht erklärte auch in einem offiziellen Schreiben, Griffin werde nicht an der Veranstaltung teilnehmen. Uellenberg lehnte das unverschämte Ansinnen deshalb umgehend ab und forderte dazu auf, weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, damit der Kongress nicht stattfinde.

Allerdings steht pro Köln mit Unterlassungserklärungen, dem juristischen Instrument, Personen bestimmte Behauptungen untersagen zu lassen und im Fall der Zuwiderhandlung (meist nicht unbeträchtliche) Bußgelder zu kassieren, offensichtlich auf Kriegsfuß – und das obwohl es sich bei führenden Vertretern der Rechtsgruppierung um Jurist(inn)en handelt. Pro Köln hatte auf seiner Webseite eine unrichtige Behauptung über Claus Ludwig, Ratsmitglied der LINKEN aufgestellt, und diese Behauptung trotz einer Unterlassungserklärung nicht völlig von ihrer Homepage gelöscht. Diese Dummheit kostete die „Bürgerbewegung“ 10.200 Euro, die an Claus Ludwig gezahlt werden mussten. Ludwig spendete die Summe umgehend für verschiedene antifaschistische Projekte.

Einen politischen Erfolg können sich diejenigen, die gegen den geplanten Kongress agieren, bereits jetzt auf die Fahnen schreiben: Die Veranstalter haben für ihr Unternehmen immer noch keinen Raum. Zwar kündigen die Veranstalter vollmundig an, das Rassistentreffen werde auf dem Roncalliplatz stattfinden, doch versuchen Polizei und Stadtverwaltung genau das zu verhindern. Wie auch immer das politische und juristische Tauziehen auch ausgehen mag: Die Tatsache, für einen Kongress einen großen Teil der europäischen Rechtsprominenz eingeladen zu haben und 10 Wochen vor dem geplanten Termin noch nicht zu wissen, wo das Ereignis stattfinden wird, ist alles andere als ein Erfolg. Alle Demokrat(inn)en sollten weiterhin dafür eintreten, dass pro Köln auch weiterhin erfolglos bleibt – durch weitere Aktionen in der Vorbereitungszeit und wenn es nicht anders geht durch antifaschistisches bürgerschaftliches Engagement zum Kongresstermin selbst. *tri* ■

Zug der Erinnerung:

Tausende Spender ermutigen zur Weiterfahrt

BERLIN. Der „Zug der Erinnerung“ wird seine Fahrt fortsetzen. Dies beschloss der Vorstand der gleichnamigen Bürgerinitiative nach mehrwöchigen Beratungen Anfang Juli. Die praktischen Vorbereitungen für eine qualifizierte Wiederaufnahme haben bereits begonnen. So soll die Ausstellung, die auf über 70 Bahnhöfen zu sehen war, im Spätsommer erweitert und in mehreren Waggons neu installiert werden. Die Aufenthaltsdauer an den Stationen wird ausgedehnt: Mindestens drei Tage soll der „Zug der Erinnerung“ auf den Haltebahnhöfen künftig zur Verfügung stehen. Die bisher vorliegenden Terminanfragen interessierter Gruppen und Städte reichen bis zum Frühjahr 2009. Unter info@zugde.eu werden ab sofort neue Stationsvorschläge entgegen genommen.

Spenden und Hilfszusagen

Dass der „Zug der Erinnerung“ weiter fahren kann, verdankt er dem enormen Zuspruch vieler Tausend Menschen, die Gedenken und Handeln, Vergangenheit und Gegenwart, als eine Einheit begreifen und dabei auch materielle Hilfe leisten. Ohne die überragende Spendenbereitschaft wäre das Projekt nach kurzer Zeit zum Erliegen gekommen, da die Deutsche Bahn AG (DB AG) jedes praktische Entgegenkommen ablehnte und das Gedenken auf den Bahnhöfen mit fünfstelligen Eurobeträgen belegte. Obwohl der Zug seit Anfang Juni pausiert, treffen weiter Spenden und Hilfszusagen ein.

Auf diese Unterstützung und eine große gesellschaftliche Breite setzt die Bürgerinitiative auch für die Zukunft. Ihre Tätigkeit macht sie von institutionellen Zuwendungen nicht abhängig, so wichtig diese Unterstützung sein kann. Maßstab ist Öffentlichkeit an den Orten des Alltags. Ob der „Zug der Erinnerung“ auf dem erhofften Kurs bleibt und in den Bahnhöfen erneut viele Menschen bewegt, wird sich in den kommenden Monaten zeigen: Start ist wahrscheinlich zum Jahresende.

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Breites Bündnis setzt deutliches Zeichen gegen Nazi-Spuk – Rigoroser Polizeieinsatz beschädigt das Demonstrationsrecht

Transparent und Lautsprecherwagen der Nazi-Demonstration
Fotos: Copy. K. Richert

Bonn. Ca. 3.000 Demonstrantinnen und Demonstranten, darunter viele Jugendliche, kamen am Samstag, 12. Juli zu den Aktionen gegen den Aufmarsch „Freier Kameradschaften“, die vor der Bundesprüfstelle gegen die Indizierung von Rechtsrock-Musik protestieren wollten.

„Diese Generation ist politisch engagiert, hellwach und wehrt sich gegen den braunen Spuk“, so der Geschäftsführer Manfred Stenner des Netzwerk Friedenskooperative Bonn. Die beispiellos breite Zusammensetzung des Bündnisses „Kein Fußbreit den Faschisten“ sei sehr ermutigend für Bonn als internationale Stadt und Sitz vieler UNO-Institutionen.

Die Protestaktionen rund um die Marschroute der Neonazis haben dafür gesorgt, dass diese während des ganzen Weges mit Spottliedern, Protestrufen und Pfeifkonzerten konfrontiert waren. Dieses Recht mussten sich die Demonstranten allerdings nach einschneidenden Behinderungen durch die Polizei selbst zurückerobern:

Gegen 10.15 Uhr erreichte die Bündnisdemonstration den Kundgebungsplatz Rochusstr./Ecke Provinzialstraße. Keine halbe Stunde später – ein Teil der DemonstrantInnen wollte gerade eine angemeldete nördliche Anschlussdemonstration über den Alten Heerweg Richtung Bhf Duisdorf antreten, wo die Nazis erwartet wurden – kesselte die Polizei zirka 300 Menschen (inklusive des Lautsprecherwagens), verweigerte ihnen die genehmigte Demonstration anzutreten und verletzte einige durch den Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken und hielt sie dann bis zum Abend fest.

Der zirka 230-köpfige neonazistische Aufmarsch startete mit zweistündiger Verspätung um 14 Uhr am Duisdorfer Bahnhof. Unter anderem „Ali, Mehmet, Mustafa – geht zurück nach Ankara!“ skandierend und mit einem gelben Transparent am Lautsprecherwagen ausgestattet, das den Schriftzug „NAZI“ in einem Davidstern zeigte, zog der von der NPD unterstützte Aufmarsch vor die BpjM. Als Redner der Neonazis traten neben Malcoci auch der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen NPD, Claus Cremer aus Bochum, sowie der Kölner Kameradschaftsführer Axel Reitz in Erscheinung.

Trotz der Absperrungsmaßnahmen der Polizei hatten sich am Bahnhof Duisdorf viele weitere AntifaschistInnen eingefunden, um lautstark ihren Protest auszudrücken.

Im Polizeibericht heißt es, während der Nazi-Veranstaltung seien indizierte Songs abgespielt worden, deshalb seien auf dem Rückmarsch mehrere Tonträger, 6 DVDs und 8 CDs sichergestellt worden. Ein Teilnehmer sei vorläufig festgenommen worden, da er während der Veranstaltung volksverhetzende Äußerungen abgegeben habe. Eine sofortige Auflösung der Kundgebung wegen dieser Straftaten wurde wohl nicht einmal in Betracht gezogen.

Die Polizei-Einsatzleitung lobt sich stattdessen dafür, dass „beide Seiten ... ungehindert ihr Recht auf Demonstration wahrnehmen“ konnten. Das haben diejenigen, die vor Ort oder gar im Kessel waren, anders erlebt.

„Die Bonner Polizei“, so die Friedenskooperative, „hat das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schwer beschädigt.“ Viele der Eingekesselten sind nur zur falschen Zeit am falschen Platz gewesen und dann während der überlangen Prozedur der Personalienfeststellung stundenlang ihrer Freiheit beraubt worden.

Jonathan Grube vom Initiativkreis des Bündnisses: „Dieser Tag hat allen Anwesenden einmal mehr gezeigt, wie dringend nötig ein Verbot faschistischer Organisationen ist. Die regierenden Parteien haben daran aber kein Interesse. Dafür und für die Durchsetzung unseres Demonstrationsrechtes, werden wir Antifaschistinnen und Antifaschisten, fortschrittliche und demokratisch gesinnte Menschen noch hart zu kämpfen haben.“ u.b., Fotos: pb

Quellen: www.friedenskooperative.de, indymedia, PM Antifa Rhein/Sieg

Die AntifaschistInnen mussten weite Umwege in Kauf nehmen, Blick auf die Alte Heerstraße

Klaus der Geiger, Künstler beim Kulturprogramm der Anti-Nazi-Kundgebung, entschloss sich, in den Kessel zu gehen, um für die Gefangenen zu spielen. Kämpferische Sprechchöre von Menschen, die sich um den Kessel gesammelt haben, fordern die Auflösung des Kessels - ohne Erfolg.

„Einwanderungspakt“ der EU auf französischen Vorschlag hin verabschiedet

Am vergangenen Montag, den 6. Juli waren die Innenminister der 27 Staaten der Europäischen Union in Cannes an der Côte d’Azur versammelt, um den vom seit 1. Juli amtierenden EU-Ratspräsidenten Nicolas Sarkozy vorgeschlagenen „Pakt zu Einwanderung und Asyl“ (Pacte d’immigration et d’asile) zu verabschieden. Dieses Projekt war durch das französische „Ministerium für Einwanderung und nationale Identität“, das unter Präsident Sarkozy im Mai 2007 neu eingerichtet worden und mit Sarkozys „rechter Hand“ Brice Hortefeux besetzt worden ist, ausgearbeitet und Ende Mai dieses Jahres vorgelegt worden.

Zu den wesentlichen Bestandteilen dieses Pakts zählt der „Verzicht auf massive Legalisierungsoperationen für illegale Einwanderer“. Hinzu kommt die Einigung auf gemeinsame Abschiebeprozeduren für die unerwünschten Zuwanderer, sowie die Definition von „Integrationsmechanismen“ für die erwünscht oder „legal“ nach Europa einreisenden (Arbeits-)Migranten. Abgerundet wird das Ganze durch das Streben nach formalisierten Beziehungen zu den Herkunftsländern von Einwanderer, um zusammen mit deren Regierungen und Regimes eine „Steuerung der Migrationsströme“ sowie „Rücknahme“-Abkommen für die Unerwünschten auszuhandeln.

Streitpunkt „Legalisierungs“-prozeduren

Zunächst zum wichtigsten Streitpunkt im Vorfeld der europäischen Innenministerkonferenz, also der Frage nach Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von nationalen Regelungen zur „Legalisierung“ bislang „illegal“ im Lande lebender Einwanderer.

Im Hintergrund steht der seit vier bis fünf Jahren anhaltende Konflikt zwischen Frankreich und Spanien: Paris erhob in den vergangenen Jahren heftige Vorwürfe gegen Madrid unter Premierminister Zapatero (und, abgeschwächt, auch gegen Rom unter der vorherigen Regierung unter Romano Prodi), weil deren Regierungen mehreren Hunderttausend auf ihrem Staatsgebiet lebenden Menschen nachträglich Aufenthaltspapiere verschafft hatten. Dies nennt man im Französischen eine „Legalisierungsoperation“ oder opération de régularisation. In Spanien waren davon im Jahr 2005 rund 700.000 Menschen betroffen.

Die italienische und insbesondere die spanische Regierung fanden dabei durchaus ihr Interesse: Spanien, das unter dem 1975 verstorbenen Diktator Franco noch überwiegend ein Agrarland – zuzüglich Kolonial-Rente für die Oberklassen plus einen gewissen Anteil Tourismusindustrie - war, hat seit 1990 einen sprunghaften Wachstumsschub erfahren. Sieben Millionen neue Zuwanderer haben in den letzten beiden Jahrzehnten dazu beigetragen, Industrie und Dienstleistungsgewerbe auf- und auszubauen, die Bauwirtschaft anzukurbeln und entvölkerte dörfliche Gebiete im Landesinneren wieder zu besiedeln. Viele unter diesen Einwanderern waren „illegal“, und sie kamen oft aus spanischsprachigen Staaten in Lateinamerika (Ecuador, Peru…) oder aus Osteuropa. Ihr Platz in der Nationalökonomie gilt der Mehrheit der spanischen politischen Klasse inzwischen als unverzichtbar. Gleichzeitig fand die Staatsmacht ihr eigenes Interesse an der nachträglichen „Legalisierung“ der bisherigen „illegalen“ Situation dieser Einwanderer: Wurden diese bis dahin „schwarz“ beschäftigt, werden nunmehr Sozialbeiträge für sie abgedrückt. Waren die Sozialversicherungskassen vorher in den roten Zahlen, wurden sie dadurch in die schwarzen Zahlen gehoben.

In Frankreich sah man dies, auf offizieller Seite, völlig anders. Auch hierzulande gehören „illegale“ Einwanderer zwar als fester Bestandteil zum Arbeitskräftereservoir mehrerer Wirtschaftsbranchen: insbesondere Bauindustrie, Gaststätten-, Reinigungsgewerbe. Nur verweigert man hier den ‚Sans papiers‘, jedenfalls in ihrer überwiegenden Mehrzahl, die „Legalisierung“ bzw. gewährt selbige nur nach „Einzelfallprüfung“ und ausnahmsweise. Dies bedeutet nicht, dass es künftig keine „illegalen“ Einwanderer in den entsprechenden Wirtschaftsbranchen mehr gäbe – nur verweigert man ihnen die Rechtspositionen und den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen, die mit einer „Legalisierung“ ihres Aufenthalts verbunden wäre. Dadurch hält man sie in einer prekären und relativ rechtlosen Situation, in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber ihrem Arbeitgeber.

Darum drehte sich der heftige Streit innerhalb der EU, bei dem (leicht vergröbert und vereinfacht) sich Paris und Berlin auf der einen Seite, die südeuropäischen Länder auf der anderen Seite gegenüber standen.

Ausgang des Konflikts um die „Legalisierung“ oder „Nichtlegalisierung“

Nunmehr wurde dieser Streit weitgehend zugunsten der französischen Position entschieden. Allerdings hat Spanien, nach längerem hinhaltendem Widerstand, die Aufnahme einer oberflächlichen Kompromissformulierung in die entscheidende Passage des Beschlusses erreicht. Und so verabschiedete die europäische Innenministerkonferenz folgenden Satz: „(Der Ministergipfel) kommt überein, sich im Rahmen der nationalen Gesetze auf fallweise und nicht allgemeine Legalisierungen aus humanitären oder wirtschaftlichen Gründen zu beschränken.“ (Unterstrichen durch uns.) Dadurch hat sich, völlig eindeutig, die französische Position - zugunsten von „Einzelfallprüfungen“, die je nach politischen Vorgaben ausfallen, und gegen kollektive „Legalisierungs“regeln - durchsetzen können.

Hingegen fantasiert die deutsche Tageszeitung ‚taz‘, wenn sie dies als „erste Niederlage“ für Frankreichs Hardlinerpräsidenten Sarkozy bewertet und gar behauptet, dass damit dessen so genannter Einwanderungspakt nun „vom Tisch“ sei. (Vgl. http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/legalisierung-von-illegalen-nicht-illegal/) Sämtliche französische Zeitungen, ob nun Sarkozy-kritisch oder -unkritisch, bezeichnen unterdessen die Verabschiedung des „Einwanderungspakts“ durch die europäische Innenministerkonferenz am Montag in Cannes als faktischen Triumph für Sarkozy und Hortefeux.

Sonstige Inhalte des „Einwanderungspakts“

Dieser „Pakt“ beinhaltet noch weitere wichtige Punkte, neben dem Ausschluss kollektiver und allgemein gehaltener „Legalisierungs“regelungen zugunsten von „Einzelfallprüfungen“.

Da findet sich insbesondere der klare Vorzug, der dem Zuzug von nach ökonomischen Nutzbarkeitskriterien ausgewählten Migranten (de facto zu Lasten von Familienzusammenführung und Asylrecht) gegeben wird. Auch sollen die Zuwanderer dazu verpflichtet werden, nicht nur die jeweiligen Landessprachen der betreffenden EU-Länder zu erlernen und zu beherrschen, sondern auch deren „nationale Identitäten“ zu studieren und zu respektieren. Diese Wortwahl widerspiegelt haargenau die unsägliche Namensgebung des Ministeriums „für Einwanderung und nationale Identität“, das durch die Herren Sarkozy und Hortefeux eingerichtet wurde.

Allerdings wurden gegenüber dem ursprünglichen französischen Vorschlag an einem Punkt Abstriche vorgenommen. Die konservative Pariser Staatsführung hatte nämlich vorgeschlagen, für alle Neuankömmlinge obligatorische „Integrationsverträge“ vorzusehen und in den Pakt aufzunehmen. In Frankreich ist ein so genannter ‚Contrat d’accueil et d’intégration‘ (CAI, Aufnahme- und Integrationsvertrag) seit den letzten beiden Novellen im Bereich der Ausländergesetzgebung, der ‚Loi Sarkozy-II‘ vom Juli 2006 und der ‚Loi Hortefeux‘ von November 2007, gesetzlich vorgeschrieben und allen Neuankömmlingen zur Pflicht gemacht worden. Darin sind insbesondere der Erwerb französischer Sprachkenntnisse sowie ein

Sich-Vertraut-Machen mit Grundzügen der französischen Nationalgeschichte vorgesehen. Dinge, die zwar an und für sich nicht verkehrt oder unnütz sind – das Beherrschen einer Sprache dient zur besseren Verständigung mit Menschen und der Gesellschaft –, aber den „Ausländern“ in Form einer autoritären Anforderung aufoktroyiert statt als Angebot zur Verfügung gestellt werden. Zumal nunmehr die in dem ‚Vertrag‘ enthaltenen Kriterien auch andernorts zur Auslese (tendenziell eher unerwünschter) Einwanderungskandidaten benutzt werden. So wird beim Familiennachzug bei den bislang im Ausland lebenden, und potenziell nachreisenden, Familienmitgliedern die französische Sprachkenntnis schon im Konsulat in ihrem Herkunftsland getestet. Sicherlich, die dabei abgeforderten Sprachkenntnisse sind relativ schwach, verglichen mit den vergleichbaren Anforderungen in vielen anderen EU-Staaten. Und dennoch wird das Ganze als ein Ausleseinstrument benutzt, um zu verhindern, dass zumindest bestimmte Einwanderungskandidaten (in dem Falle nachziehende Familienmitglieder) überhaupt kommen können. Das Erlernen einer Sprache findet aber nun mal am besten in einer französischen Umgebung und ohne Druck statt, und nicht unter dem Druck einer autoritären Aufforderung in einer fremdsprachigen Umgebung. – Noch wesentlich härtere Bedingungen herrschen in manchen anderen EU-Ländern, insbesondere in Niederlande und Dänemark, wo „Rechtspopulisten“ bzw. klar rassistische Parteien in jüngerer Zeit an der Regierungs- oder jedenfalls an der parlamentarischen Mehrheitsbildung mitwirken konnte.

Hingegen opponierte Spanien gegen die Passage im „Einwanderungspakt“ der EU, welche die französische Regierung zu dem Thema vorschlug. Nunmehr hat sich der entsprechende Passus dazu verändert: Die Rede ist jetzt von „Integrationsmechanismen“, welche die jeweiligen Mitgliedsländer der EU auf nationalstaatlicher Ebene zu definieren hätten. Theoretisch wird dadurch ein anderer Blickwinkel eingenommen, denn statt der Bestimmung einer „Pflicht“ für die Immigranten wird nunmehr die Definition einer „Pflicht“ für die jeweiligen (Mitglied-)Staaten vorgenommen. Allerdings bedeutet dies in der Praxis auch, dass den jeweiligen Nationalstaaten weitgehend freie Hand für eine – oft, aber wohl nicht immer – repressive Politik gegenüber den Neuzuwanderern belassen wird.

Ein Land wie Spanien, dessen Einwanderer oft die eigene Nationalsprache schon im Herkunftsland sprechen (wenn es sich um Lateinamerikaner handelt), weist an diesem Punkt sicherlich eine andere, „großzügigere“ Tradition auf als viele nordeuropäische Staaten. Neben Letzteren ist allerdings auch die Pariser Regierung eher Verfechter einer harten Haltung, obwohl auch im französischen Falle sehr viele Einwanderer – insbesondere aus Nord-, West- und Zentralafrika – schon von ihrem Herkunftsland her Französisch sprechen. Dabei spielt eine wichtige Rolle, dass sich der französische Nationalismus (anders als der deutsche, der sich zumindest historisch stark über Bezüge auf „das Blut“ definierte) stark über die eigene Sprache, ihre internationale „Ausstrahlung“ und deren möglichst perfekte Beherrschung bestimmte. Dabei kann eben das jeweils erreichte, hohe oder niedrige, „Sprachniveau“ auch zum „Integrations-“ respektive Auslesekriterium werden.

Kaum Konflikte gab es zu dem Punkt, dass die Europäische Union künftig die Abschiebung unerwünschter Zuwanderer konsequent durchführen und konzertiert organisieren möchte. Die am 18. Juni 2008 vom Europäischen Parlament verabschiedete „Rückkehr-Richtlinie“ definiert dabei erstmals gemeinsame Eckpunkte für eine mögliche „Harmonisierung“ der Praktiken (wir berichteten ausführlich). Besonders ins Auge fällt dabei, dass die Dauer der zulässigen Höchstdauer der Abschiebehaft dabei stark nach oben angepasst wird, auf 18 Monate (nach bisherigem deutschem Recht). Nur ein einziger EU-Staat, das kleine Litauen, sah bislang eine höhere Dauer vor – 20 Monate -, die Mehrzahl unter ihnen jedoch eine wesentlich kürzere Periode, sofern die zulässige Höchstdauer gesetzlich definiert war (was nicht für alle Mitgliedsländer gilt). Zusätzlich zur Bekräftigung des, bereits durch die Annahme der EU-Richtlinie festgeschriebenen, politischen Wunschs nach Vereinheitlichung der Abschiebepraktiken sieht der „Einwanderungspakt“ auch ein gemeinsames Vorgehen bei der „Entfernung“ unerwünschter Einwanderer vor. Etwa in Form durch mehrere EU-Länder kollektiv organisierter Sammelflüge für Abschüblinge.

Nicht zuletzt möchte die EU ihre Beziehungen zu den Regierungen und Regimes in den (Haupt-)Herkunftsländern von Migranten nutzen, um die „Migrationsströme“ zusammen mit ihnen besser zu „steuern“. Zumindest in Frankreich ist dies freilich ein alter Hut. Die EU-Agentur „Frontex“, die beispielsweise die Küstenlinien in den westafrikanischen Ländern Senegal und Mauretanien sowie die Mittelmeerzone überwacht und nach Booten mit unerwünschten Einwanderungskandidaten Ausschau hält, soll mit stärkeren Mitteln ausgestattet werden.

Ein letzter Punkt betrifft die Ausarbeitung eines gemeinsamen Asylverfahrens, eventuell sogar mit einem EU-weit für die Untersuchung von Asylanträgen zuständigen Amt (vergleichbar mit dem deutschen ‚Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge‘ in Zirndorf oder der französischen OFPRA), auf EU-Ebene. Laut dem „Einwanderungspakt“ soll dies bis 2012 geschehen. In einigen Fällen dürfte dies für Asylsuchende sogar tatsächlich Vorteile bringen, denn in einigen Mitgliedsländern – insbesondere in Osteuropa, aber auch in Griechenland – existieren nur rudimentäre Asylverfahren und –behörden und sind die Anerkennungsquoten, sofern vorhanden, äußerst gering. In Griechenland etwa haben Asylsuchende aus dem Irak eine Anerkennungs„chance“ von nur 5 Prozent, verglichen mit circa 70 Prozent in anderen EU-Ländern. Dies sorgt wiederum dafür, dass Asylbewerber quer durch die EU reisen, auf die Suche nach besseren Chancen. Dem versuchte die Europäische Union zwar durch das Dublin-Abkommen einen Riegel vorzuschieben – es sieht vor, dass ein/e Asylsuchende/r in jenes EU-Land zurückkehren muss, dessen Boden er oder sie zuerst betreten hat. Aber deswegen „schummeln“ zahllose Flüchtlinge (begreiflicherweise), da vor allem die Iraker/innen und Afghaner/innen oft über Griechenland in die EU einreisen. Zudem „können“ andere Mitgliedsländer Asylsuchende bspw. nach Griechenland zurücksenden, „müssen“ es aber nicht – und mitunter annullieren daher französische Richter behördliche Aufforderungen zur Rückreise nach Griechenland, weil etwa die betroffene Person familiäre oder andere Bindungen in Frankreich hat. Und manchmal auch, weil rechtsstaatliche Minimalanforderungen im griechischen Asylverfahren nicht gewährleistet seien. Diesem „Asyltourismus“ möchte die französische EU-Ratspräsidentschaft nunmehr einen Riegel vorschieben, durch eine Angleichung und Vereinheitlichung der Asylverfahren in den kommenden Jahren. Dagegen sträubt sich bislang allerdings, wie einem Bericht der ‚taz‘ Juni zu entnehmen war (wir berichteten) – die deutsche Bundesregierung. Das deutsche Asylrecht ist seit 1993 tatsächlich derart mies, dass eine europaweite „Harmonisierung“ den Asylsuchenden in diesem Falle unter Umständen sogar Verbesserungen einbringen könnte...

Gipfel zur Einwanderung im Oktober

Im Vorfeld der Annahme dieses „Einwanderungspakts“ hatte es besonders zwischen Paris und Madrid eine rege Reisetätigkeit gegeben, da man sich seitens der spanischen Regierung längere Zeit gegen einige Bestimmungen des vorgeschlagenen Textes (s.o.) sträubte. Nunmehr haben sich aber die Wogen allem Anschein nach geglättet.

Ratifiziert werden soll der „Pakt“ nunmehr auf einem Sondergipfel der EU am 13. und 14. Oktober 2008 in Paris, der speziell den Themenbereich Migrationspolitik und Asyl gewidmet sein wird. Dagegen findet am darauf folgenden Wochenende, dem 17. und 18. Oktober, ebenfalls in Paris ein Gegengipfel zu denselben Themen von Bürgerrechtler/inne/n und Solidaritätsvereinigungen statt (fest im Kalender vormerken!).

Bernhard Schmid, Paris ■

30 Millionen und offizielle Weihe für ein katastrophales Privatmuseum

Am 25. Juni eröffnete Bundespräsident Köhler das Internationale Maritime Museum des Peter Tamm. Während Hamburg bei anderen Museen und den Geschichtswerkstätten in den letzten Jahren gekürzt hat, hatte die Stadt dem Betreiber des Museums 30 Mio. Euro, den historischen Kaispeicher B und zusätzlich noch über 3 Mio. für den Vorplatz und eine Brücke direkt ins Museum hinein buchstäblich nachgeworfen. Denn trotz der großzügigen Schenkung an die Peter Tamm Sen. Stiftung verzichtete sie auf jeden Einfluss auf die Ausrichtung und Qualität des Privatmuseums.

Die öffentliche Kritik an der Tamm-Sammlung hat von Beginn an immer wieder auf die unkritische, geradezu verherrlichende Zurschaustellung von Seekriegswaffen aller Art – auch aus der Zeit des deutschen Faschismus – verwiesen. Trotz langer Vorbereitung haben sich die Befürchtungen bestätigt: Ein Konzept, das eine kritische Auseinandersetzung erlaubt, ist in der Sammlung nicht zu erkennen. Das Museum ist allein von der Sammelwut des früheren Vorstandsvorsitzenden des Springer-Konzerns bestimmt. Den interessierte etwa die Sozialgeschichte der Seefahrt nicht – also fehlt sie vollständig. Vor allem aber wird dem Museumsbesucher nahegebracht, wie die Faszination des Meeres nahtlos übergeht in die „Faszination“ des Krieges, der wie ein Orkan als Naturgewalt daherkommt. Beides erfährt der Mensch unterschiedslos als überwältigende, geradezu reinigende Kraft. Eine Auseinandersetzung mit den Zielen der Kriege, mit dem Großmachtstreben des Deutschen Reiches und des deutschen Faschismus, mit seinen Tätern und Opfern findet nicht statt. Das ist gerade auch angesichts der aktuellen Kriege eine unerträgliche Verharmlosung, die durch die hochoffizielle Eröffnung ihre Weihe erfuhr.

Doch die Eröffnungsfeier blieb nicht ungestört. Rund 100 Menschen protestierten zu Wasser und zu Land. Trotz einiger Entfernung der Gegenkundgebung zum Ort des Geschehens stand die Zeremonie mit Fahnenhissung und allem Brimborium unter dem Eindruck lustiger Marschmusik und lauter Gesänge einer „Seemanns“-Kapelle, eine von mehreren phantasievollen Aktionen, an denen u.a. mehrere Gruppen von Künstlern beteiligt waren.

Während die Springer-Presse die Kritik wie gewohnt überging und das Hohelied auf Peter Tamm und sein Museum anstimmte, erschienen in den überregionalen Medien etliche höchst kritische Beiträge, schmerzlich für das offizielle Hamburg, das so stolz auf dieses vermeintliche Prunkstück von Museum ist.

Christiane Schneider ■

Eine kleine Presselese

„Distanzlos“, fasst die *Süddeutsche* am 25.6. ihre Kritik am Maritimen Museum Hamburg in der Überschrift zusammen: „Was man dort … faktisch lernen kann, ist, wer mit 196 Schiffen die meisten Versenkungserfolge in der Geschichte des U-Boot- Krieges vorzuweisen hat und wie toll die Kameradschaft auf einem deutschen Kriegsschiff der Nazizeit war. Sachliche Information besteht aus unkritischer Kolonialgeschichte und ausführlichen Erinnerungen der kaiserlichen Admiralität, deren Ordensnachlass und Hutschachteln dazu noch prunkvoll inszeniert werden. Statt die Gräueltaten der Herrenmenschen in Afrika und Europa zu dokumentieren, beschreibt die Ausstellung lieber in ermüdender Ausführlichkeit die technischen Details von Torpedos und Panzerschiffen. (…)

Es ist nicht nur die nahezu vollständige Ausblendung der menschlichen Leidensgeschichte, das Verharmlosen des Krieges als technische Entwicklungsleistung und das totale Versagen bei der historisch-kritischen Differenzierung, die diese gigantische Ausstellung so zweifelhaft macht. Die gesamte Sammlung repräsentiert mit großer Distanzlosigkeit das fetischhafte Verhältnis Tamms zu seinen Objekten. Riesige Vitrinen mit unkommentierten Kriegsorden, in deren Zentrum tatsächlich die NS-Orden prominent platziert sind, ein Heer uniformierter Schaufensterpuppen und Schiffsmodelle sind lediglich Demonstration von Sammelzwang, aber kein brauchbares Museumskonzept. (…) Die staatliche Unterstützung und die Würde, die der Bundespräsident dieser Eröffnung mit seiner Anwesenheit verleiht, sind angesichts des dubiosen Inhalts des Museums ein fatales Zeichen. Wenn Herrschaftsgeschichte wieder Opfergeschichte aus dem Museum verdrängt, ist Mahnung gefragt, nicht Salbung.“

Die *Taz* stellte ihren äußerst kritischen Bericht unter die Überschrift: „Wo Fischfutter noch Heldentode stirbt. Im Hamburger Maritimen Museum des ehemaligen Springer-Chefs Peter Tamm wird unter anderem der Seekriegsführung des Dritten Reichs gedacht, als wär’s eine Wettfahrt harmloser Schiffchen gewesen. Besuch einer skandalösen Ausstellung.“ Der Artikel schloss: „ Und so offenbart dieses Museum vor allem eins: einen Mix aus Indifferenz und Machtlosigkeit der Politik- und Kulturszene angesichts der Beratungsresistenz dieses Sammlers, der der Stadt ein bedenkliches Museum beschert hat. Denn abgesehen davon, dass dessen Geschichtsbild deutlich rechtskonservativ ist, birgt ein solches Haus auch Gefahren: Tamm zielt explizit auch auf junge Besucher.

Etliche werden von all der Heldenhaftigkeit und den monströsen Militaria beeindruckt sein. Die Marine als berufliche Perspektive, Krieg als gangbares, sogar ‚notwendiges‘ Mittel – all dies wird hier salonfähig gemacht. Eine fatale Ideologie.“

Die *Frankfurter Rundschau* setzt sich kritisch mit Deck Vier und Fünf, den Stockwerken, in denen die Militaria konzentriert sind, auseinander und schreibt

Bundespräsident Köhler weiht ein

„Sammler wollen die Welt in Ordnung bringen. Sie streben danach, den Dingen einen Platz zu geben, Zusammenhänge sichtbar zu machen und Lücken zu schließen."

„Selbstbewusstsein, Weltoffenheit, Freiheitssinn – das sind Tugenden, die sich gewissermaßen im Kielwasser von Seefahrt und Handel ausgebreitet haben."

„Aber dieses Haus ist auch selbst ein Lehrstück: ein Lehrstück für Bürgersinn. (...) Das Internationale Maritime Museum Hamburg ist ein gutes Beispiel für ... Stiftergeist und für die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privaten Mäzenen. Wir brauchen noch viel mehr Leuchttürme und Seezeichen dieser Art."

„Ich wünsche mir, dass viele Menschen hier etwas über die Bedeutung der Seefahrt, der Erkundung der Meere und vor allem auch über die Notwendigkeit der Völkerverständigung lernen." Quelle: www.bundespraesident.de

dann: „Damit zeigt sich nun der hohe Preis, den die Stadt Hamburg dafür zahlen muss, dass sie auf jegliche inhaltliche Begleitung und auch Kontrolle verzichtet hat: Tamm, der sich gerne öffentlich als Opfer seiner nun mal nicht einzudämmenden Sammelleidenschaft inszeniert …, hat sein Haus so bestellt, wie er allein es eben haben wollte, und er hat dabei keinen fremden, distanzierten Blick erlaubt. Wie er sich ganz persönlich in den Lauf der Geschichte einordnet, zeigt sehr hübsch ein zentrales Foto in der Festschrift anlässlich seines 80. Geburtstags in diesem Jahr. Tamm ist eigens in eine seiner Uniformpuppenvitrinen geklettert, steht dort nun neben Kaiser Wilhelm II. und dessen Bruder, dem Flottenbegründer und Großadmiral Prinz Heinrich von Preußen, und schaut überraschend verlegen in die Kamera: im Herzen ein kleiner Junge, der so gerne Admiral auf hoher See geworden wäre. Was der Stadt Hamburg 30 Millionen wert war. (30.6.08)

Die *Zeit* bleibt ziemlich oberflächlich, moniert aber unter der Überschrift „Nippes zum Staunen": „Lokalpolitik ist etwas Merkwürdiges." „Eine Rumpelkammer, wie manche fürchteten, ist das Haus nicht, obwohl nicht alle Modelle Museumsqualität haben und manche aus Baukästen des Hobbybereichs stammen. Trotzdem kann es mit Bremerhaven (ein halb so großes Marinemuseum – CS), selbst mit dem noch beschränkteren reinen Marinemuseum in Wilhelmshaven kaum mithalten – und zwar nicht, weil es ihm an echten, auf echtem Wasser schaukelnden Exponaten fehlt, sondern weil es seine Größe ans Anekdotische verrät. Ob ein privates Unterhaltungsmuseum, was es in Wahrheit ist, die Millionen der Stadt wert ist, werden am Ende wohl nur die Marketingexperten der Fremdenverkehrswerbung entscheiden." (26.6.) ■

Eurozentristische Geschichte der Admiräle, Kaiser und „Entdecker"

Eine Welt Netzwerk Hamburg kritisiert das Internationale Maritime Museum Hamburg

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg befürchtet, dass durch das Internationale Maritime Museum Hamburg ein ähnlich verstaubter Geist weht wie durch Peter Tamms Sammlung an der Elbchaussee. Mit Pomp und Polit- Prominenz wird das Internationale Maritime Museum Hamburg am 25. Juni eröffnet. Dies ist für den Dachverband von über 80 Hamburger entwicklungspolitischen Vereinen Anlass, die undurchsichtige Konzeption des öffentlich geförderten Museums zu kritisieren. Er bemängelt zudem, dass das private Museum mit Millionen von Steuer-Euros finanziert und mit Hilfe zahlreicher Ein-Euro-Kräfte aufgebaut wurde.

Auf der Website des Museums ist die Rede von „großen Entdeckern wie Christoph Columbus, Fernando Magellan und James Cook". Es ist zu befürchten, dass in dem Museum nur die Geschichte der „großen Männer", Kaiser und Admiräle erzählt wird. Vermutlich werden die „Entdecker" nicht als Eroberer längst bekannter Länder präsentiert, mit denen das Zeitalter von Kolonialismus und Sklaverei begann, dessen Folgen bis heute nicht bewältigt sind.

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg kritisiert die einseitige europäische Perspektive der Ausstellung. „Ein Museum, das sich als international bezeichnet, sollte auch die Seefahrtgeschichte anderer Weltregionen präsentieren", sagt Rebecca Lohse. Wer weiß schon etwas über Dhaus im Indischen Ozean oder den chinesischen Seefahrer Zheng He?

Die Geschäftsführerin des Eine Welt Netzwerks Hamburg beanstandet auch die Vermischung von Ausstellungsobjekten der zivilen Schifffahrt und der Marine. Das Internationale Maritime Museum Hamburg passt zur antiquierten Gestaltung und Namensgebung öffentlicher Räume, die in Hamburg gang und gäbe ist: Denkmäler werden aufgestellt, die die Kolonialzeit verklären oder Sklavenhändler ehren; neue Plätze in der Hafencity werden nach Eroberern benannt. Magellan-Terrassen, Vasco de Gama Platz, Schimmelmann-Denkmal und Askari-Relief sind einige Beispiele dieser althergebrachten Praxis. Das Frappant-Gebäude in Altona soll nach der Sanierung Christians-Quartier heißen, benannt nach dem dänischen König und Sklavenhalter Christian VI. (1699-1746). Er handelte nicht nur mit Zucker und Baumwolle, sondern auch mit Menschen.

„Das zeigt Geschichtsbewusstsein von vorgestern und ist einer Metropole des 21. Jahrhunderts mit Einwohnern und Gästen aus aller Welt unwürdig", so Lohse. In diesem Punkt sei nicht nur die Zivilgesellschaft gefordert, sondern auch der Senat und die Bürgerschaft. Hamburg, das Jahrhunderte lang von Europas Kolonialexpansionen profitierte, sollte heute eine Vorreiterrolle in der selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit spielen. Bisher ist leider das Gegenteil der Fall. ■

Fotos CS

Der Widerstand der kleinen Leute

Georg Elser, Widerstand und Zivilcourage – Endlich ist ein Hitler-Attentat geglückt!

Am 6. Juni 2008 wurde die Hitlerpuppe aus Wachs am Tage der Eröffnung der Madame Tussauds Zweigstelle in Berlin von einem Besucher geköpft und musste abtransportiert werden. Angeblich hätte er bei dieser Tat gerufen „Nie wieder Krieg“. Selber sagte er, dass die Aktion zwar von einer Kneipenwette ausgegangen war, aber „es musste jemand etwas tun, Berlin darf keine Pilgerstadt der Neonazis werden“. Eine großartige Aktion. Angeblich will der Akteur dem Spiegel-TV demnächst schriftlich mitteilen, warum er die Hitlerpuppe zerstört habe. Auch wenn uns die Motive dieses Hitler-Attentäters bisher unbekannt sind, gibt es zwei scheinbare Parallelen zu einem wirklichen Hitler-Attentäter, denn beide waren mutig und zielstrebig und beide haben ihre Tat alleine ausgeführt.

Auf Hitler selber sind über 35 Attentatsversuche bekannt.

Ein Hitler-Attentäter war Georg Elser. Doch wer kennt Georg Elser? Wer weiß, dass er am 8.11.1939 im Alter von 36 Jahren einen minutiös geplanten Sprengstoffanschlag auf Adolf Hitler und die nationalsozialistische Führungsriege im Münchner Bürgerbräukeller verübte, in dem eine jährliche Gedenkveranstaltung mit über 3.000 Personen anlässlich des 1923 gescheiterten Putschversuchs stattfand? Hitler entkam dem Attentat nur knapp, da er aufgrund von Nebel auf seinen Flug nach Berlin verzichtete und 13 Minuten vor der Sprengung abreiste, um den Zug zu nehmen. Die Explosion ließ die Decke teilweise einstürzen, 8 Menschen starben, über 60 wurden zum Teil schwer verletzt. Wäre kein Nebel gewesen und wäre Hitler nicht vorzeitig abgereist, wäre er wahrscheinlich bei diesem Anschlag getötet worden. Der Menschheit wären damit vielleicht der Krieg mit seinen 50 Millionen Toten und die Ermordung von 5,6 Millionen Juden erspart geblieben. Georg Elser, ein „kleiner“ Mann aus dem Volke, aufgewachsen im schwäbischen Dorf Königsbrunn, Tischlergeselle, der über ein Jahr diesen Anschlag vorbereitete, um die Kriegsmaschine Hitler – wie er sagte – zu stoppen. Elser hatte kommunistisch gewählt, folgte aber nicht der Partei, er war Christ, aber kein Mitglied der Kirche. Im Gegensatz zu den bekannten Widerstandsgruppen hatte Elser keinen organisatorischen Apparat im Hintergrund gehabt, er organisierte alles alleine, wochenlang ließ er sich im Bürgerbräukeller einsperren, um nachts seine selbst konstruierte Sprengstoffvorrichtung in eine Säule einzubauen, in dessen Nähe Hitler seine Rede halten wollte. Elser hat Aushilfsjobs im Steinbruch angenommen, um an Sprengstoff zu gelangen. Die besondere Würdigung Georg Elsers liegt neben seinen strategischen und handwerklichen Leistungen vor allem darin, dass er schon 1938, also noch zu einer Zeit, wo die Faschisten einiges an Erfolgen vorzuweisen hatten, die wahren Zielsetzungen Hitlers erkannte und angesichts des drohenden Krieges, den Entschluss zum Attentat fasste. Der Widerstandskämpfer Graf von Stauffenberg musste hingegen erst Stalingrad erleben, um den „Führer“ zu verlassen und nachdem absehbar war, dass der Krieg verloren ist.

Nach dem Anschlag wurde Elser bereits 3 Stunden später an der Schweizer Grenze verhaftet. Die Nazis verkauften der Öffentlichkeit das Attentat wie folgt: Der britische Geheimdienst ist verantwortlich, Elser wurde reduziert auf die Rolle eines gekauften Handlangers. Anscheinend konnten die Nazis es nicht ertragen, dass ein einfacher Mann aus dem Volke, alleine und ohne Unterstützung, der Beseitigung Hitlers so nahe kommen konnte. Nach Aussagen aus Goebbels Tagebuch „schweigt Elser unentwegt“. Die Nazis ließen Elser vorerst am Leben und brachten ihn ins KZ Dachau, wo er als Sonderhäftling von Hitler galt. Nach den Verhörprotokollen der Gestapo vom 19.-23.11.39, die in den 60iger Jahren gefunden wurden, war Elser bereit, über seine Tat zu sprechen. „Ich musste das tun, denn Hitler ist der Untergang Deutschlands. Ich bereue nichts“. Im KZ Dachau baute er sogar seine Sprengstoffvorrichtung nach. Kurz vor der Befreiung wurde Georg Elser am 9.4.1945 in Dachau erschossen.

Georg Elser war kein Einzelkämpfer

Auch wenn Georg Elser die Tat alleine begangen hat, war er kein Einzelkämpfer, denn es gab viele Georg Elsers, die aus der Arbeiterbewegung kamen und die sich schon früh gegen die Politik von Hitler und der NSDAP stellten. Bekannt sind mindestens 35 Attentate auf Hitler. Bereits im Oktober 1935 gab es 5.500 Prozesse gegen 20.000 Personen. Bis April 1939 gab es 162.734 Häftlinge, 27.393 politische Gefangene warteten auf ihren Prozess. Über 100.000 Oppositionelle waren schon verurteilt. In diesem Zusammenhang muss die Modernisierungstheorie von Götz Aly kritisiert werden, also einer Theorie, in dem das NS-System „klassenbewusst innenpolitisch die Lasten zum Vorteil der sozial Schwächeren verteilte (Götz Aly, Hitlers Volksstaat, 2005). Georg Elser spricht eine andere Sprache. Er gibt in den Vernehmungsprotokollen der Gestapo an, dass von ihm seit 1933 eine zunehmende Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft zu beobachten war und dass sich die Lage der kleinen Leute dramatisch verschlechtert hatte und die ökonomische Belastung durch die Aufrüstung auf Kosten der Arbeiter ging. Die Löhne wurden niedriger und die Abzüge höher. So betrug der Lohn eines Schreiners im Jahr 1929 noch 1 Reichsmark, während er im Jahr 1939 nur noch 68 Pf./Stunde betrug.

Obwohl die BILD am Sonntag anlässlich des 20. Jahrestages des Attentats auf Hitler in sieben Folgen ausführlich, präzise und wahrheitsgemäß über Georg Elser berichtete, verankert sich der Name des Widerstandskämpfers Elser nicht im allgemeinen Bewusstsein. Selbst in den 80iger Jahren war er noch nicht bekannt. Mittlerweile gibt es Bemühungen, in München für Georg Elser ein Denkmal zu fordern, um „ihn an die Stelle der Geschichte des deutschen Widerstands zu rücken, wo er hingehört: neben die „Weiße Rose“ und den „20. Juli“ (vgl. Georg Elser Initiative München). Es stellt sich allerdings die Frage, warum Georg Elser gerade jetzt als „Einzelkämpfer“ auf einen Sockel gehoben wird. Es ist zu kritisieren, dass Widerstandskämpfer zum Mythos erklärt werden ohne eine politische Einschätzung. Solange nicht inhaltlich die Frage beantwortet wird, warum Elser jetzt geehrt werden soll und z.B. nicht Stauffenberg, scheint es so, als ob Widerstandskämpfer als Alibi herhalten müssen, aufgrund der eigenen Unfähigkeit, Zivilcourage zu üben.

Wichtig ist, daran anzuknüpfen, was in Diskussionen in den 70/80iger Jahren begonnen wurde: nämlich, dass Georg Elser nicht alleine mit seinem Widerstand war, sondern dass an seiner Seite Viele standen.

Die Geschichte von Georg Elser ist unglaublich spannend, gerade weil er Mut und Zielstrebigkeit bewies und mit seinem Handeln uns mitteilte, dass jeder Einzelne einen großen Beitrag gegen Faschismus und Krieg leisten kann. Dabei fällt mir ein Zitat von Bertolt Brecht ein: „(…) Tretet vor für einen Augenblick, Unbekannte, verdeckten Gesichts, und empfangt, Unseren Dank!“

Wer mehr zu Georg Elser wissen möchte, dem empfehle ich das Buch: Georg Elser – Ein Attentäter als Vorbild, Hrgs. von Achim Rogoss, Eike Hemmer, Edgar Zimmer, Edition Temmen (B.). (Dieser Artikel ist das überarbeitete Ergebnis eines Vortrages von Dr. Jörg Wollenberg aus Bremen zu Georg Elser im Rahmen der Anne-Frank-Ausstellung in Hamburg im April 2008) *Birgit Wulf* ■

Abschottung der EU fordert wieder Todesopfer

Zu den aktuellen Meldungen der spanischen Presse, wonach fünfzehn afrikanische Flüchtlinge bei ihrer Überfahrt nach Spanien gestorben sind, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.:

„Bereits zum zweiten Mal in dieser Woche erreichen uns Horrormeldungen aus dem Mittelmeer. Diesmal waren es fünfzehn Flüchtlinge, darunter neun Kinder, die während der Überfahrt nach Europa verdurstet sind. Sie starben, weil sie wegen der europäischen Abschottungspolitik immer riskantere Wege nehmen müssen. Die Abschottung der EU fordert wieder einmal Todesopfer.

Bereits am Montag waren 14 Nigerianer vor der Küste Grenadas ertrunken. Zeitgleich wurde beim informellen Treffen der EU-Innenminister in Cannes beschlossen, den Kurs der Abschottung und militärischen Bewachung der Seegrenzen fortzusetzen und zu verstärken. Einer der Taktgeber in diesem Konzert der Abschottungspolitiker bleibt Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble.

DIE LINKE. hält an ihrer Forderung fest, Flüchtlingen den Zugang zu einem fairen Aufnahmeverfahren in der Europäischen Union zu gewähren. Statt noch mehr Investitionen in die technische Hochrüstung der Grenzüberwachung brauchen wir mehr Mittel für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen.“ *Ulla Jelpke, MdB* ■

3000 bis 4000 Menschen bei Demonstration in Berlin

Berlin. Am Samstag, den 5. Juli demonstrierten als vorläufiger Höhepunkt der Defence-Kampagne nahezu 4000 Menschen in Berlin gegen die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl vor 15 Jahren. Diverse migrantische, flüchtlingspolitische, antirassistische und antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen beteiligten sich an dem Aufzug der vom Lustgarten, vorbei am Roten Rathaus und dem Auswärtigen Amt zum Oranienplatz nach Kreuzberg führte. Dort klang die Veranstaltung bei einem Konzert mit Anarchist Academy, Ciaoceskos, Koljah und Thai phun und les refugies bis 22 Uhr aus.

Die Demonstration war der vorläufige Höhepunkt der antirassistischen Defence-Kampagne. Auftakt war im November 2007 eine Demonstration zum Berliner Abschiebeknast in Berlin-Köpenick mit 200 TeilnehmerInnen. Seitdem fanden bundesweit verschiedenste thematische Veranstaltungen, wie z.B. antirassistische Lesungen, Informationsveranstaltungen und Protestaktionen statt.

Die DemonstrationsorganisatorInnen schreiben zum gewählten Datum: „Der 15. Jahrestag der Grundgesetzänderung ist für uns Anlass, unsere Forderungen lautstark auf die Straße zu bringen. Wir leben im Herzen der Festung Europa und es reicht längst nicht mehr, das deutsche Grundrecht auf Asyl zurückzufordern. Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, vor Verfolgung und Armut zu fliehen. Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, dort zu leben, wo sie es möchten und wie sie möchten. Mit allen Rechten, die dazugehören.“ Sie schließen ab mit der Forderung: „Für ein globales Recht auf Migration – for freedom of movement and defencing the nations“

Zu den Organisatoren zählen u.a. die Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB), das Antifaschistische Bündnis Süd-Ost Berlin (ABSO), die Initiative gegen Abschiebehaft, die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e.V. (VVN-BdA) Berlin. Die weiteren UnterstützerInnen finden sich hier.

http://www.recht-auf-migration.de.vu/ ■

Linksfraktion will klare Grenzen bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

Berlin. Die Linksfraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag (16/9654) auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Voraussetzungen und Folgen bei Rücknahme und Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft regelt. In Fällen des Verlustes aufgrund des (Wieder-)Erwerbs einer anderen Staatsbürgerschaft, sei für bereits eingetretene Fälle eine Amnestieregelung zu treffen, „die sinngemäß eine rückwirkende Fortschreibung der bis zum 1. Januar 2000 geltenden so genannten Inlandsklausel beinhaltet“. Diese Klausel sah vor, dass der (Wieder-)Erwerb einer anderen Staatsbürgerschaft bei Deutschen mit einem Inlandsaufenthalt nicht unmittelbar zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führt. Künftig, so fordern die Abgeordneten, soll ein möglicher Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nicht automatisch per Gesetz eintreten, sondern nur dann, wenn die Betroffenen von den Behörden auf diese Rechtsfolge hingewiesen und ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, sich für eine der beiden Staatsangehörigkeiten zu entscheiden. Sollte es dennoch zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit kommen, müssten die Betroffenen zumindest eine Niederlassungserlaubnis erhalten, schreibt die Linksfraktion in ihrem Antrag.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst ■

Kein längeres Rückkehrrecht für Zwangsverheiratete

Berlin. Im Ausland zwangsverheiratete Frauen werden auch in Zukunft kein längeres Rückkehrrecht nach Deutschland erhalten. Der Innenausschuss lehnte am Mittwochvormittag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen einen Antrag (16/7680) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab, in dem ein längeres Rückkehrrecht als die bisher geltenden sechs Monate gefordert wird. Die Fraktion begründete ihren Antrag mit dem Argument, Ausländerinnen müsse durch Änderungen im Aufenthaltsrecht die Möglichkeit gegeben werden, sich gegen eine Zwangsverheiratung zur Wehr setzen zu können. Diese Zwangsverheiratungen würden im Ausland vorgenommen, und die Frauen könnten oft nicht innerhalb von sechs Monaten nach Deutschland zurückkehren. Daher dürfe die Niederlassungsfreiheit in Deutschland nicht erlöschen, wenn sich

eine Frau aufgrund einer Zwangsverheiratung länger als sechs Monate im Ausland aufgehalten habe. Die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen der Bundesregierung gegen Zwangsverheiratung nannten Bündnis 90//Die Grünen unzureichend. So hätten die 2007 beschlossenen Maßnahmen zur Umsetzung von aufenthalts- und asylrechtlichen Richtlinien der Europäischen Union keine Besserstellungen für die Opfer von Zwangsheiraten gebracht. Es gebe auch keine gesicherten Zahlen, ob die Anzahl der Zwangsverheiratungen zurückgegangen sei. Die Koalitionsfraktionen Union und SPD lehnten eine Verlängerung des Rückkehrrechts über sechs Monate hinaus nicht grundsätzlich ab.

Die SPD-Fraktion erklärte, sie könne den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zwar nicht mittragen, forderte aber zugleich, sich dem Thema im Herbst intensiver zuzuwenden. Dann müsse auch über „arrangierte Ehen“ gesprochen werden. Von der Union hieß es, man sei bereit, die Rückkehrfrist für Zwangsverheiratete auf zwei Jahre zu verlängern, wenn im Gegenzug die Ehebestandszeit verlängert werde. Damit soll verhindert werden, dass Scheinehen zur Erlangung von Aufenthaltsrechten eingegangen werden. Über Scheinehen würden zahlreiche Schwerkriminelle nach Deutschland kommen, die nach zwei Jahren ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erwerben würden. Die FDP-Fraktion wies darauf hin, dass Zwangsverheiratungen im Ausland nicht strafbar seien. Das sei eine Strafbarkeitslücke, die geschlossen werden müsse. Die FDP-Fraktion enthielt sich bei der Abstimmung, begrüßte aber, dass das Thema Zwangsheirat insgesamt auf der Tagesordnung stehe. Die Linksfraktion stimmte dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen trotz „einiger Bedenken“ zu.

Quelle: jesuiten-fluechtlingsdienst ■

Münchener Stadtrat einstimmig für SAVE ME

„München hat ein deutliches Signal für den Flüchtlingsschutz in Deutschland gesetzt. Das ist ein erster, aber wichtiger Schritt“, so Matthias Weinzierl von der SAVE ME Kampagne. Am 19. Juni hat der Münchner Stadtrat über den von den GRÜNEN/Rosa Liste eingereichten Antrag zur Unterstützung der Save Me Kampagne entschieden. Der Antrag, der die Unterstützung von Sozialreferent Friedrich Graffe (SPD) fand, wurde einstimmig angenommen. Friedrich Graffe betonte, dass Save Me nicht zum Nulltarif zu haben ist, sondern mit Kosten für die Stadt verbunden sei. Seine Aussage, dass auch die Paten finanziell in die Pflicht genommen werden könnten, ist allerdings falsch.

Im Antrag ist beschlossen worden,

- dass die Stadt München durch den Oberbürgermeister die deutsche Bundesregierung auffordert, ein Resettlement Programm zur Flüchtlingsaufnahme durchzuführen

- dass die Stadt das ehrenamtliche Engagement begrüßt und unterstützt.

Nicht mehr im Antrag enthalten ist der Beschluss, im Falle eines Resettlement-Programms bis zu 850 Flüchtlinge aufzunehmen. „Hier zeigen sich die Bürgerinnen und Bürger Münchens als mutiger als der Stadtrat“, so Matthias Weinzierl. Die Stadtratsentscheidung ist ein Teil der von einem breiten Bündnis getragenen Save Me Kampagne, die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten einsetzt, die dort keine Perspektive haben.

Auch das zweite Ziel, die Gewinnung von 850 Patenschaften für Flüchtlinge, hat die Kampagne überschritten. Am Tag vor der Abstimmung im Stadtrat wurde die 850ste Patenschaft eingetragen. Insgesamt 868 Patenschaften sind bislang gewonnen worden. Die Paten sollen als Integrationslotsen angekommenen Flüchtlingen die Orientierung erleichtern.

Die in München gestartete Kampagne wurde inzwischen in zahlreichen Städten der Bundesrepublik aufgegriffen. Am Montag, den 23.06., wird Berlin eine Save Me Kampagne starten, Vorbereitungen laufen u.a. in Augsburg, Regensburg, Tübingen, Reutlingen, Mainz, Münster, Lübeck, Rostock und Kiel. Die Initiatoren der Münchner Kampagne erwarten, dass bis zum Herbst in zahlreichen weiteren Städten Save Me Kampagnen nach dem Münchner Modell an den Start gegangen sind. Das Ziel der auch von Pro Asyl und UNHCR unterstützten Kampagne ist es, die Bundesregierung und die Landesinnenminister zum Einstieg in ein regelmäßiges Programm zur dauerhaften Aufnahme von Flüchtlingen zu bewegen.

Informationen zur Kampagne, zu den Patinnen und Paten und Hintergründen unter: www.save-me-muenchen.de

Pressemitteilung Bayerischer Flüchtlingsrat 19. Juni 2008 ■

Bargeld statt Gutscheine

LANDKREIS HOLZMINDEN. Wie einer Beschlussvorlage vom Juni 2008 zu entnehmen ist, zahlt der Landkreis Holzminden Flüchtlingen, die Leistungen gemäß § 3 ff AsylbLG erhalten, die Hilfe für den Lebensunterhalt und Anschaffungen des täglichen Bedarfs in bar aus. Die Landesregierung versucht seit geraumer Zeit, wie in der Vergangenheit gegenüber anderen Städten und Landkreisen auch (z.B. Göttingen, Oldenburg, Hildesheim), den Landkreis zu einer restriktiven Gutscheinpraxis zu verpflichten, und stellt dabei die aberwitzige Behauptung auf, dies sei vom Gesetz auch so vorgeschrieben.

Fakt ist, dass in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Hamburg die Hilfe zum Lebensunterhalt flächendeckend als Barleistung gewährt wird.

Quelle: nds-fluerat.org ■

Raus aus dem Gerichtsaal – Heraus auf die Straße!

DESSAU. Im Jalloh-Prozess ist kein Ende in Sicht Jetzt will das Gericht – 3 Jahre und 7 Monate nachdem Oury Jalloh ermordet worden ist und über 15 Monate nach Prozessbeginn – wissen, ob Oury Jalloh überhaupt in der Lage war, das Feuer in der Zelle selbst zu legen!
Nicht nur deshalb rufen wir Euch auf:
Raus aus dem Gerichtsaal- Heraus auf die Straße !

Bundesweite Demonstration in Dessau in Gedenken an Oury Jalloh
Samstag, 2. August — Treffpunkt 13 Uhr Hbf

http://initiativeouryjalloh.wordpress.com ■

Einwanderungspakt will nur billige Arbeitssklaven

Ein europäischer „Einwanderungspakt“ stand im Mittelpunkt der EU-Innenministerkonferenz in der vergangenen. Die Bundesregierung setzte sich dort für schnellere Abschiebungen von Einwanderern ohne Aufenthaltsgenehmigung ein. Einwanderung solle sich strikt nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes richten. Dazu die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke:

„Zwei Tage, nachdem Tausende Menschen in Berlin für ein globales Recht auf Migration demonstriert haben, beraten die EU-Innenminister über die weitere Perfektionierung und Abschottung der „Festung Europa“ gegen die Ärmsten der Armen.

Die europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik stellt eine neue Form des Neokolonialismus dar. Während die europäischen Staaten durch eine neoliberale Weltwirtschaftspolitik die Ressourcen der „armen“ Länder ausbeuten und mit der Entfesselung oder Unterstützung von Kriegen weltweit erst zur Schaffung von Fluchtursachen beitragen, sollen die Opfer dieser ungerechten Weltordnung draußen bleiben. Allenfalls als billige Arbeitssklaven sollen sie nach Europa – wenn das Kapital sie gerade einmal benötigen sollte.

DIE LINKE tritt dagegen für ein Europa ein, das solidarisch ist mit den Ländern des Südens und Ostens. Fluchtursachen wie Armut und Krieg müssen bekämpft werden und die Grenzen offen sein für Menschen in Not.“

Bundesregierung rechnet Bleiberechtsstatistik schön

Auf eine Kleine Anfrage zur Umsetzung der gesetzlichen Bleiberechtsregelung erhalten (16/8998) liegt inzwischen die Antwort (16/9586) vor. Darin rechnet die Bundesregierung die Bleiberechtsstatistik systematisch schön. Angeblich haben in-

zwischen 43500 langjährig Geduldeten eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Dabei verschweigt die Bundesregierung, dass davon 15000 nur eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ erhalten haben – und über 50.000 noch gar keine Verbesserung ihres Status erreicht haben. Ihr Aufenthalt ist langfristig nicht gesichert. Außerdem hat über die Hälfte der langjährig Geduldeten schon nach der Bleiberechtsregelung der Länder vom November 2006 ein Bleiberecht erhalten. Die Bundesregierung will darüber hinwegtäuschen, dass die Bleiberechtsregelung weit hinter den Erwartungen geblieben ist. Denn die Koalitionspartner hatten der Öffentlichkeit suggeriert, es könnten 60000 – 100000 langjährig Geduldete von den Regelungen profitieren. Mit diesen Zahlen hatte sich vor allem die SPD-Fraktion im vergangenen Sommer die Änderung des Aufenthaltsrechts schöngeredet, mit der zahlreiche Verschärfungen einhergegangen sind.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Härtefallkommission Nds

Hannover. Um die praktische Arbeit der Härtefallkommission wird seit ihrer Einrichtung gestritten. Flüchtlings- und Sozialorganisationen fordern die Aufhebung der restriktiven Ausführung von Verfahren und andere Beteiligungsmöglichkeiten an der Kommission. In der Plenardebatte im niedersächsischen Landtag vom 1. - 3. Juli war das Thema „Härtefallkommission“ auf der Tagesordnung. Die Grünen hatten dazu einen Antrag eingebracht, der inhaltlich nicht behandelt wurde, sondern in die Ausschüsse verwiesen wurde.

Aus dem Antrag der Grünen

Das bundesgesetzlich eingeführte Instrument der Härtefallkommission hat sich grundsätzlich bewährt. Die in Niedersachsen geltenden restriktiven Zugangsvoraussetzungen schließen eine viel zu große Zahl von Menschen vom Zugang zur Härtefallkommission aus.

Die Landesregierung wird beauftragt,

- umgehend eine Bundesratsinitiative zu starten mit dem Ziel, die bundesgesetzliche Grundlage für die Härtefallkommission dahingehend zu ändern, dass die bislang geltende Befristung auf den 31.12.2009 ersatzlos aufgehoben wird, so dass die Härtefallkommissionen in den Ländern zu dauerhaften Einrichtungen werden können
- umgehend den Entwurf einer Verordnung vorzulegen, die humanitären Grundsätzen gerecht wird. Dabei ist nachzubessern, dass:
- die Kommission mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder entscheidet,
- alle Elemente von Sippenhaft aus der Verordnung getilgt werden,
- ein bereits feststehender Abschiebetermin oder verhängte Abschiebehaft nicht die Befassung der Kommission mit einer Eingabe ausschließen,
- eine Härtefalleingabe nicht von vornherein durch vorhergehende asyl- oder ausländerrechtliche Entscheidungen ausgeschlossen ist,
- die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts nicht als Voraussetzung für ein Härtefallersuchen gefordert wird, insbesondere dann, wenn keine Arbeitsgenehmigung erteilt ist oder wegen gesundheitlicher Gründe, Alter, Behinderung, alleiniger Erziehung oder Schwangerschaft ohnehin keine Arbeitsaufnahme möglich ist,
- die Kommission um ein weiteres Mitglied auf Vorschlag des Flüchtlingsrats Niedersachsen ergänzt wird,
- die Integrationsbeauftragte des Landes Niedersachsen als beratendes Mitglied in die Kommission aufgenommen wird,
- aufenthaltsbeendende Maßnahmen bereits zurückgestellt werden, sobald eine Eingabe an ein Kommissionsmitglied herangetragen wurde.

Quelle: Die Grünen im Landtag

DIE LINKE Fraktion im Niedersächsischen Landtag:

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag fordert ein unbefristetes Fortbestehen der Härtefallkommission in Niedersachsen, die Befristung bis zum 31. Dezember 2009 müsse aufgehoben werden. „Die Kommission hat sich in allen Bundesländern als richtig erwiesen“, begründet Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Zur Aufhebung der Befristung müsse es eine Initiative auf Bundesebene geben. Dringend notwendig sei außerdem die Überarbeitung des Landeserlasses. „Niedersachsens Flüchtlingspolitik ist äußerst restriktiv“, kritisiert Zimmermann, „sie muss viel humaner werden“.

So seien die Zugangskriterien bei der Härtefallkommission viel zu hoch: Betroffene könnten sich nicht direkt an sie wenden, sondern müssten darauf hoffen, dass ein Mitglied der Kommission ihre Eingabe aufnimmt, kritisiert Zimmermann. Dabei gebe es zu viele Ablehnungsgründe: Beispielsweise wenn der Termin für eine Abschiebung bereits fest, eine Abschiebungshaft angeordnet worden ist, oder Sozialhilfeleistungen bezogen werden. Nicht hinnehmbar sei auch die „Sippenhaft“: Eingaben von Ausländerinnen und Ausländern werden nicht angenommen, wenn Ausschlussgründe bei Familienangehörigen vorliegen, erklärt Zimmermann.

Perspektivisch sei das Fortbestehen der Härtefallkommission lediglich ein erster Schritt in die richtige Richtung. „Um die ungerechte Ausländergesetzgebung zu beseitigen, und um den vielen menschlichen Schicksalen gerecht zu werden, wäre eine grundsätzliche Reform nötig“, sagt Zimmermann

DIE LINKE Presseerklärung 02.07.08

Nds. Flüchtlingsrat zur Rede von Innenminister Schünemann im Landtag

„Bemerkenswert ist die Ankündigung des Ministers, die Satzung der Härtefallkommission (HFK) in folgenden Punkten zu ändern:

1) Verzicht auf „Sippenhaft“ für Familienangehörige bei Vorliegen eines Nichtannahmegrundes für ein Familienmitglied,

2) der Wegfall des Nichtannahmegrundes eines bestehenden Erteilungsverbots (§ 10 Abs. 3 und § 11 Abs. 1 AufenthG) und

3) 2/3-Mehrheit der stimmberechtigten anwesenden Mitglieder entscheidet (und nicht mindestens sechs von acht Mitgliedern)

Neu ist die Ankündigung unter 2). Sie besagt, dass Personen, die nach § 30, Abs. 3 AsylVfG als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wurden und 30, Abs. 3 AsylVfG als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wurden und daher gemäß § 10 Abs. 3 AufenthG keine Aufenthaltserlaubnis erhalten dürfen, ebenso als Härtefälle anerkannt werden können wie Personen, die in der Vergangenheit ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben wurden.

So erfreulich diese Ankündigung ist, bleibt der Innenminister insgesamt doch weit hinter unseren Forderungen zurück Hinsichtlich der Ergebnisse der Prüfung durch die Härtefallkommission hält Niedersachsen weiterhin den Negativrekord im Bundesgebiet: Von 122 Eingaben wurden in Niedersachsen bislang nur 19 in der Kommission behandelt. Nach der Prüfung richtete die Härtefallkommission 12 Härtefallersuchen an den Innenminister, der drei dieser Ersuchen ablehnte. Lediglich in 9 Fällen für insgesamt 34 Personen wurden – befristete – Aufenthaltserlaubnisse erteilt. Kein Bundesland hat die Härtefallregelung restriktiver angewendet. Angesichts dieser Zahlen fällt es dem niedersächsischen Innenminister nicht schwer, einer Entfristung der bis Ende 2009 befristeten – Härtefallregelung zuzustimmen.“

Zusammenstellung: bee ■

Veröffentlichungen

Eine 6. überarbeitete und erweiterte Auflage von Schultze-Rhonhofs 2003 zuerst veröffentlichten geschichtsrevisionistischen Buch: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“ ist im Oktober 2007 erschienen (bisherige verkaufte Gesamtauflage nach Verlagsangabe 30 000 Exemplare). Die Aussagen des Autors werden mittlerweile auch über Hörbücher, eine Internetseite, einen Videovortrag und über eine DVD verbreitet.

Schultze-Rhonhof hat 2007 ein weiteres Buch veröffentlicht mit dem Titel: „Deutschland auf Augenhöhe“. Die NPD nahe Deutsche Stimme Verlags GmbH („Das nationale Warenhaus“) hat das Buch in ihrem Verlagsprogramm und kündigt es wie folgt an: „Gerd Schultze-Rhonhof hat mit seinem Buch „Der Krieg, der viele Väter hatte“ die Diskussion über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs erneut entfacht. Seine Botschaft lautet: Fast alle Nationen waren in die Entfesselung des Krieges verstrickt. Im Gespräch mit Götz Kubitschek referiert Schultze-Rhonhof die zentralen Thesen und zeigt, warum die Kriegsschuldfrage zu seinem Lebensthema geworden ist. Der General erzählt ausführlich von seiner soldatischen Laufbahn, bewertet die historisch-politische Ausbildung des Offiziernachwuchses und beschreibt, warum die Geschichtspolitik so wichtig für die Selbstbehauptung der deutschen Nation ist.“

Ein beschäftigter Referent

Die Marburger Burschenschaft Germania kündigte Schultze-Rhonhof neben Dr. Scheil und Dr. Post als Redner beim „Marburger Diskurs“ am 3. Februar 2007 an. „Auf dem Weg zum zweiten Weltkrieg“ nannte die Burschenschaft ihren Diskurs, Schultze-Rhonhof referierte zum Thema: „Auslöser und Polenfeldzug“. Bei seinem regionalem Rotary Club in Buxtehude hielt der Generalmajor a. D. („ein langjähriges und außerordentlich geachtetes Mitglied unseres Clubs“) am 13. Februar 2007 einen Vortrag mit dem Titel: „Wer war Kuno, ein alter Rittersmann?“. „Projekte, Strategien, Erfolge“ nannte sich eine Gesprächsrunde mit Schultze-Rhonhof und Dieter Stein beim 13. Berliner Kolleg vom Institut für Staatspolitik (IfS) am 17. Februar 2007 in Berlin.

Die rechtsextreme Zeitschrift „Deutsche Geschichte“, dessen Verleger Gerd Sudholt wegen Volksverhetzung vorbestraft ist, kündigte für den 24. Februar 2007 in Chemnitz, für den 25. Februar 2007 in Dresden und für den 25. März 2007 im Großraum Hamburg Zeitgespräche mit dem Titel „Wer wollte den Zweiten Weltkrieg“ an. Schultze-Rhonhof wurde neben Dr. Stefan Scheil und Dr. Walter Post als Referent angekündigt. Die Zeitgespräche wurden laut Ankündigung von „örtlichen und regionalen historisch-politischen Vereinigungen unterstützt“. Das Seminarzentrum Chemnitz trat dann in Dresden und Chemnitz als Veranstalter auf. Die Jungen Nationaldemokraten in Sachsen und „Nationales Forum Sachsen“ haben für diese beiden Veranstaltungen auf ihren Internetseiten geworben. In Hamburg wurde das Zeitgespräch allein und in eigener Regie von der SWG (Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft) durchgeführt.

In Fulda fand am 3. März 2007 die Jahrestagung der „Stimme der Mehrheit“ unter dem Titel „Unsere Zukunft wächst aus unseren Wurzeln“ statt. Schultze-Rhonhof, er ist einer der Sprecher der Organisation, moderierte die Veranstaltung.

Am 30. Juni 2007 hielt Schultze-Rhonhof einen Vortrag in der revisionistischen Gedächtnisstätte Borna. Die Einladung ging auch über einen Briefverteiler der NPD. Militante Neonazis berichteten auf einer Homepage: „Zu diesem Vortrag, welcher einen kritischen Blick auf die Ereignisse vor dem 2. Weltkrieg zum Thema hatte, kamen auch etwa 130 junge nationale Sozialisten aus Leipzig, dem Leipziger Umland und Chemnitz.“ Schultze-Rhonhof

Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof

Jahresüberblick 2007

„..., der von den deutschen Geheimdiensten der extremen Rechten zugerechnet wird, ...“
(aus der Antwort des stellv. italienischen Innenministers auf eine Parlamentsanfrage)

äußerte sich dazu in einem Leserbrief, der „Vortrag in Borna war für Kriegsopfer vorgesehen. Das sind alte Leute. Plötzlich nahmen etwa 100 junge, höfliche, sauber gekleidete Leute unangemeldet im Saale Platz und hörten zu.“

Der „Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung“ lud Schultze-Rhonhof zu einer Vortragsveranstaltung am 20. Oktober 2007 nach Lüneburg ein und am 20. November 2007 war der Generalmajor a. D. Referent bei der Tübinger Burschenschaft Arminia Straßburg.

„Deprecabile errore“

Ein „deprecabile errore“ (unentschuldbarer Fehler) war nach Aussage des Kommandanten des Südtiroler Schützenbundes die Einladung an Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof zu zwei Vorträgen in Italien im Frühjahr 2006. Die Vorträge führten dazu, dass der Bildungsreferent der Südtiroler Schützen im Januar 2007 von seinem Amt enthoben wurde. Die österreichische Zeitung „Der Standard“ schrieb am 8. Februar 2007 auf seiner Internetseite: „Nach den Turbulenzen wegen einer Kaderschulung für Schützen durch den NS-Revisionisten Gerd Schultze-Rhonhof sind der Bildungsreferent des Südtiroler Schützenbundes, Peter Piock, der auch im Vorstand des Gesamttiroler Bundes saß, und der Adjutant des Landeskommandanten Efrem Oberlechner aus der Bundesleitung ausgeschieden.“ Das italienische Innenministerium machte bei der Beantwortung einer Parlamentsanfrage am 24.7.2007 zu den Vorfällen eine klare Beurteilung („der von den deutschen Geheimdiensten der extremen Rechten zugeordnet wird, da er bekannt ist für seine revisionistischen Thesen und die Verleugnung der nazistischen Schuld“) über Schultze-Rhonhof. Der witterte hinter alledem eine Verschwörung und kommentierte die Vorgänge in Italien mit Aussagen wie: „Ich verwahre mich energisch dagegen, rechtsradikal zu sein, und bin empört darüber, dass ein „anonymer Brief“ Menschen in solche Schwierigkeiten bringt“ und „Ich finde es empörend, dass Denunzianten aus Deutschland Menschen in Italien in solche Schwierigkeiten bringen.“ Die internen Schulungen beim Schützenbund machte übrigens, im Rahmen von Auseinandersetzungen im rechtsextremen Milieu, ein „Süd Tiroler Kampfring“ öffentlich.

Proteste, Absagen und Auseinandersetzungen

Die Veranstalter von Vorträgen mit Schultze-Rhonhof sahen sich 2007 mit vielfältigen Protesten gegen seine Auftritte konfrontiert. Es fanden Demonstrationen vor den Veranstaltungsorten (Marburg und Tübingen) statt, die in Chemnitz und Dresden geplanten Vorträge sollen vom Veranstalter abgesagt worden sein und der Vortrag in Lüneburg wurde nach öffentlichen Protesten der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen abgesagt. Schultze-Rhonhof sah sich zweimal genötigt, in der lokalen Tageszeitung Stellung zu beziehen, da in Leserbriefen seine Auftritte bei der extremen Rechten (Schultze-Rhonhof: „Ich nehme bei meinen Zuhörern keine Gesinnungsprüfungen vor“) thematisiert wurden. Das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz beurteilt 2007 eine Aussage von Schultze-Rhonhof („entscheidende Bemühungen der damaligen Reichsregierung, die den Frieden retten wollte und um alles in der Welt einen Krieg zu vermeiden suchte.“) zum Kriegsbeginn 1939 wie folgt: „Die in dieser Aussage zum Ausdruck kommende, jeden seriösen Forschungsstand ignorierende Behauptung, Hitler-Deutschland habe nicht einmal den Krieg gegen Polen gewollt und sei daher ganz unschuldig am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gewesen, gehört zu den klassischen Konstanten in der verzerrten Realitätswahrnehmung rechtsextremer Geschichtsrevisionisten.“

Resumee

Die Auftritte von Schultze-Rhonhof wurden 2007 von vielseitigen öffentlichen Protesten begleitet. Durch Bewertungen seiner Tätigkeiten und Auftritte von antifaschistischen Informationsdiensten und staatlichen Stellen, wurde sein politischer Spielraum eingeschränkt.

Nachtrag 2008

Die Burschenschaft Franconia zu Münster hatte den Generalmajor a. D. Schultze-Rhonhof als Referent zu ihrem alljährlichen „Reichsgründungskommerz“ für den 19. Januar 2008 nach Münster eingeladen.

Nachdem AntifaschistInnen die Veranstaltung im Januar 2008 publik machten, erklärte die Burschenschaft Franconia, dass die Veranstaltung mit Schultze-Rhonhof schon lange abgesagt sei, da er einen Schlaganfall erlitten habe.

Bis Ende Juni 2008 wurden keine weiteren öffentlichen Auftritte von ihm bekannt.

Michael Quelle, VVN-BdA Stade
Juli 2008 ■

Sarahs Schlüssel

Im Zentrum des Romans steht die Kollaboration der französischen Behörden mit den Nazis während des 2. Weltkrieges. Die französische Polizei wurde zum willigen und übereifrigen Helfer der Deportation von Juden und deren Ermordung, was lange ein Tabuthema in Frankreich war. Ein Buch, das auf zwei Zeitebenen erzählt wird.

Die eine Geschichte ist die der 10-jährigen Sarah. Sie wird am 16. Juli 1942 mit ca. 13.000 Juden, überwiegend Kinder, nach der Festnahme durch französische Polizei ins Radstadion Velodrom d'Hiver gebracht, wo sie tagelang unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen, bis sie in ein Lager außerhalb von Paris gebracht werden. Dort werden die Kinder von ihren Eltern getrennt, die als erste nach Auschwitz deportiert werden. Sarah kann aus dem Lager fliehen und kommt auf langen Umwegen wieder nach Paris. Dort will sie ihren 4-jährigen Bruder Michel aus dem Wandschrank befreien, wo sie ihn vor der Festnahme versteckt hat. Den Schlüssel für den Schrank trug sie die ganze Zeit bei sich.

Die zweite Geschichte spielt 60 Jahre später. Julia, eine amerikanische Journalistin, die mit einem Franzosen verheiratet ist und seit 25 Jahren in Paris lebt, soll für eine amerikanische Zeitung einen Artikel zum 60. Jahrestags des Vel d'Hiv schreiben. Bei ihren Nachforschungen stellt sich heraus, dass die Familie ihres Mannes mit dem Schicksal von Sarah verbunden ist. Die Großeltern ihres Mannes bezogen die Wohnung von Sarahs Eltern nach deren Deportation und wussten um das Schicksal der Familie.

Ich konnte kaum mit dem Lesen aufhören, ganz besonders berührt mich das Schicksal von Sarah und ihrem kleinen Bruder und bleibt einem lange im Gedächtnis. Diese Geschichte wird jeden Leser berühren. Es ist ein Buch, das sehr spannend und wichtig ist, das viele Leute lesen sollten, um nicht zu vergessen. Das Buch ist in Frankreich ein Bestseller. „Sarahs Schlüssel" wurde in Frankreich mittlerweile weit über 60.000 Mal verkauft. Und schon vor der Veröffentlichung in Frankreich haben sich Verlage in 15 Ländern die Rechte an dem Roman gesichert. Tatiana de Rosnay ist in Deutschland noch völlig unbekannt, erst ihr achter und letzter Roman, Sarahs Schlüssel, wurde ins Deutsche übersetzt. Absolut empfehlenswert!

Marion Bonk ■

Tatiana de Rosnay, Sarahs Schlüssel, 362 Seiten, im Weltbild Verlag Augsburg, Februar 2008, für 11,90 EUR, ISBN 978-3-8289-9017-3 oder im BTV Berliner Taschenbuch Verlag für 7,90 EUR, ISBN 978-3-8333-5021-4 .

Ferien im Führerbunker

Am 4. November 2006 wurden die Journalistin Andrea Röpke und ein Fotograf im brandenburgischen Blankenfelde von Mitgliedern der „Heimattreue Deutsche Jugend" (HDJ) angegriffen. Sie hatten die Teilnehmer bei einem ihrer Treffen beobachtet. Die zu Hilfe gerufene Polizei hatte es sehr eilig. Die kamen schon nach einer dreiviertel Stunden am Tatort an. Dieser Überfall hat Andrea Röpke nicht davon abhalten können, das erste wirklich fundierte Werk über eine Organisation zu schreiben, die sich gerne bedeckt hält.

Bei der HDJ handelt es sich um einen Zusammenschluss von einigen hundert Personen. Sie setzt die Arbeit der neonazistischen Kindererziehung der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend" (WJ) fort. Ganz im Stil von HJ und BDM werden z.B. Zeltlager für Kinder und Jugendliche, meist in abgelegenen Gebieten, durchgeführt. Eindrucksvolle Bilder der Berliner apabiz (Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.) zeigen Jugendliche bei militärischem Aufmarschieren und wehrsportähnlichen „Geländespielen". Ein bei einer Razzia beschlagnahmtes Bild zeigt kleine Kinder bei der HDJ dabei, wie sie mit Waffen „Scheinhinrichtungen" üben. Wie viele Kinder diesen Weg gegangen sind, ist nicht klar. Die Zahlen liegen irgendwo zwischen 15.000 und 17.000. Auch „Größen" wie Udo Pastörs oder Stefan Köster aus dem Schweriner Landtag gingen durch die Schule solcher Camps. Es gehöre zum guten Ton bei den Nazis, ihre Kinder dort von der WJ, jetzt HDJ, „ausbilden" zu lassen. Seit langem ist der Sprengstoffattentäter, Manfred Börm (samt Familie) in dem Netzwerk involviert. Auch der Bremer Markus Privenau war dort immer wieder anzutreffen.

Gerold Fleßner ■

Das Buch „Ferien im Führerbunker – Die neonazistische Kindererziehung der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)" von Andrea Röpke ist 2007 bei der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, Braunschweig, zusammen mit der ARUG (Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus und Gewalt), erschienen. Das Taschenbuch hat 128 Seiten (mit zahlreichen Abbildungen) und kostet 5,- EUR (ISBN 978-3-932082-31-3)

Neue Studie zu rechtsextremen Einstellungen

Vor knapp zwei Jahren veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) die Studie „Vom Rand zur Mitte", die auf erschreckende Weise die Zunahme und Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland belegt. Mit „Ein Blick in die Mitte!" setzt die FES das Projekt nun fort und richtet den Fokus stärker auf die Entstehungsbedingungen rechtsextremer, aber auch demokratischer Einstellungen. Die Studie kommt zu beunruhigenden Ergebnissen: So stellen die Forscherinnen und Forscher fest, dass ausländerfeindliche Ressentiments sehr selbstverständlich geäußert werden – auch von Personen, die in der ersten Studie nicht durch rechtsextreme Äußerungen auffielen. Der Druck zu Konformität und gesellschaftlicher Normierung ist hoch. Gleichzeitig gelten Sanktionen gegen abweichendes Verhalten als akzeptabel, so dass Migrantinnen und Migranten und Arbeitslose unter Anpassungsdruck geraten und Ausgrenzung erfahren. Die Demokratie, bilanziert die Studie, wird lediglich als Garant individuellen Wohlstands akzeptiert. Erfüllt sie diese Funktion nicht, schwindet die Zustimmung zum demokratischen System.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, download: http://www.fes.de/rechtsextremismus/inhalt/studie.htm

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Der Vormarsch der Linkspartei“

Junge Freiheit Nr. 28/08 vom 4.7.2008

Die Linkspartei ist das Schwerpunktthema dieser Ausgabe und Blattautor Thorsten Hinz kann dem sogar gewisse positive Aspekte abgewinnen. Über den Partei- und Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine urteilt das Blatt: „Lafontaines Politik hat nämlich manche interessante Nebenwirkung, die den biederen BRD-Konservativen, nicht aber den deutschen Rechten erschrecken muss, für den Deutschland mehr bedeutet als eine vergrößerte BRD. Lafontaine glaubt an den Staatsinterventionismus, also braucht er den starken Staat. Das aber, hat er erkannt, kann gegenwärtig nur der Nationalstaat sein, der sich aus der Umklammerung der US-Globalpolitik und des USA-dominierten internationalen Finanzsystems löst. Lafontaines Angriffe auf die amerikanischen Außenpolitik, auf die Militärinterventionen in Ex-Jugoslawien, in Afghanistan und Irak folgen also einer inneren Logik. Interessant sind auch die Einlassungen des linken Publizisten Jürgen Elsässer, der zu Lafontaines Vertrauten gezählt wird, jedenfalls einer seiner glühendsten Unterstützer ist. Elsässer bezieht klar Stellung gegen die grassierende Volksfeindlichkeit, den antifaschistischen Tugendterror und den Minderheitenwahn des parteiübergreifenden Establishments. Die innerparteilichen Lafontaine-Gegner seien Vertreter einer ‚Cappuccino-Linken‘, die ‚mit Multikulti und Partyleben eine Nebelkulisse erzeugt, hinter der sie in ungeheurem Maße Sozialraub betreibt. Zugleich verachtet sie die Mehrheit des Volkes als tendenziell rassistisch, antisemitisch oder faschistoid‘,“ wird Jürgen Elsässer zitiert.Das Blatt wird damit nicht zum Anhänger der Linken, sieht aber wohl Anknüpfungspunkte, die die Rechtsextremen für sich nutzen können. Starker Staat und Nationalismus sind solche verbindenden Themenkomplexe.

Die Junge Freiheit als Bismarcks Licht im Dunkeln

Junge Freiheit Nr. 28/08 vom 4.7.2008

In einem zweiseitigen Interview darf sich Ferdinand Fürst von Bismarck über seine Sorge auslassen, Deutschland drifte nach links. Der Urenkel des früheren Reichskanzlers hat sich in einem offenen Brief für die Unterstützung der Jungen Freiheit ausgesprochen und darf nun seine feudal-monarchistischen Auffassungen verbreiten. Bismarck befürchtet, dass das Volk abhanden komme: „Wenn Sie nun drei Aspekte betrachten, nämlich die Demographie, die Familie und den Multikulturalismus … dann stellen Sie fest, dass nicht nur die Staatlichkeit, sondern auch das zweite Standbein des Bismarckschen Nationalstaates gefährdet ist: das Volk. Als wäre unsere demographische Entwicklung … nicht schon besorgniserregend genug … erleben wir zudem auch noch eine unbeirrt fortschreitende geistige und materielle Zersetzung der Idee der Familie, die doch die Zelle des Volkes darstellt. Und einhergehend damit eine penetrant realitätsblinde Gläubigkeit an die multikulturelle Gesellschaft als eine Art Paradies auf Erden, ohne Rücksicht auf deren erhebliches Gefahrenpotenzial, angefangen von der Fragmentierung der Gesellschaft bis hin zum Bürgerkrieg. Aber vor allem wirkt sich der Multikulturalismus fatal auf den Gedanken der Integration aus, die unter solchen Voraussetzungen misslingen muss, da die Idee des Multikulturalismus verhindert, gegenüber den Einwanderern einen klaren Erwartungshorizont zu vermitteln, an den sich diese – wie einst in Preußen – mit dem langfristigen Ziel der Assimilation anpassen können.“ Dass gerade in Preußen für viele Leibeigene die Gründung einer eigenen Familie verboten war und die Assimilation oft genug mit der Peitsche erzwungen wurde, vergisst der Bismarck-Urenkel lieber. Auf die Frage, was er unter Patriotismus verstehe, antwortet er: „Patriotismus bedeutet Verantwortung zu übernehmen. So wie einst der Adel die Verantwortung für seine Untertanen trug, so trägt heute der Patriot die Verantwortung für sein Land.“

Demokratie kommt im Bismarckschen Weltbild nicht vor – und schon gar nicht die Erkenntnis, dass die „Untertanen“ die Existenz des Adels durch ihre Arbeit erst ermöglichten und gut ohne dessen „Verantwortung“, die schließlich mit Fron und Steuer bezahlt werden musste, auskommen konnte.

Grundeinkommen nur für Deutsche?

Junge Freiheit Nr. 29/08 vom 11.7.2008

Als Auftakt zu einer Artikelserie zum Grundeinkommen veröffentlicht das Blatt einen Aufsatz von Götz W. Werner, Chef der Drogeriekette dm, der für das bedingungslose Grundeinkommen streitet. Er vertritt die Auffassung, dass durch die Änderung der Produktionsverhältnisse – der Mensch produziert und arbeitet nicht mehr ausschließlich für die eigene Versorgung – die Grundlagen geschaffen seien für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dass diese gesellschaftliche Arbeitsteilung bereits seit Jahrhunderten besteht, beachtet Werner nicht. Außerdem sei es an der Zeit das Steuersystem zu ändern. Nach Werners Vorstellungen soll am Ende nur eine einzige Steuer, die Steuer auf den Konsum übrig bleiben, einkommensbezogene Steuern sollen gänzlich entfallen. Perfide wird diese Vorstellung, wenn man seine Auffassung betrachtet, wer das Grundeinkommen erhalten solle: „Zudem würde ein Grundeinkommen zunächst nur an Staatsbürger gezahlt; das Gemeinwesen der Bundesrepublik Deutschland kann nicht gefordert sein, für Menschen außerhalb dieser Gemeinschaft ein Grundeinkommen sicherzustellen.“

Dass die zahlreichen in der Bundesrepublik lebenden Migranten, die keine „Staatsbürger“ sind, diese Konsumsteuern mitzahlen müssten, berührt Werner nicht. Dass hohe Einkommen auch aus der Arbeit derjenigen herrühren, die niedrige Einkommen haben und es deshalb gerechtfertigt ist, Einkünfte aus Kapital stärker zu besteuern als Einkünfte aus eigener Arbeit, ebenso wenig. Grundeinkommen für alle verbunden mit einer ausschließlichen Besteuerung des Konsums führt zu einem großen Vorteil für die, die viel haben – denn auch ihre Konsummöglichkeiten sind beschränkt, ihre Möglichkeiten, Kapital anzuhäufen weitaus größer.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507